

# Gesammelte Glossen 2006 - 2008

*Glosse vom 26. Oktober 2008:*

## **Belastend, belastbar, lästig**

Von M.W.

Von der Linkspartei hält er nichts, der "NW"-Kommentator Theo Schumacher. Sein gutes Recht, auch politische Journalisten müssen ja nicht "neutral" sein. Aber was wirft Schumacher den Linken vor? Sie hätten "kein belastbares Konzept", die "Finanzierungsvorschläge" für die verlangten sozialen Leistungen seien sie "schuldig geblieben". Nun hat die Linkspartei solche Vorschläge durchaus gemacht, jedoch wird Schumacher meinen, die seien nicht durchsetzbar. Da mag er richtig liegen, wenn man hinzufügt: Bei den bestehenden Regierungsverhältnissen und dem Einfluß, den die Wirtschaftseliten auf diese Regierenden haben. "Nicht belastbar" bedeutet demnach: Lästig, aber nicht wirklichkeitsnah, weil, wenn es zur Umsetzung käme, zu belastend für den Reichtumssektor in unserer Gesellschaft. Belastbar hingegen ist die gar nicht so üppig ausgestattete steuerzahlende Bevölkerungsmehrheit. Sie hat einzuspringen, wenn dem großen Kapital Geschäfte schiefgegangen sind. Und da bleiben die regierenden Parteien Finanzierungsvorschläge nie schuldig, siehe "Rettungspaket".

*Glosse vom 17. Oktober 2008:*

Empfehlung aus dem Hause Springer:

## **Den Gürtel enger schnallen**

Von AKL

Die gegenwärtige "monetäre Krise" sei auch eine "moralische", erklärt uns Matthias Döpfner, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer AG, und faßt die massenhaften moralischen Versager ins Auge: Die "Häuslebauer" sind es, die "mit geringem Einkommen und geringer Bonität" nach einem Eigentum gierten und auf "Kredite ohne Eigenkapital" hofften; so "lebten sie einen Lebensstil, den sie sich nicht leisten konnten". Diese zahllosen "kleinen Schuldner tragen genau so Schuld wie die Waalstreet-Banker" an dem Finanzmarktdesaster - meint Döpfner, und nun sei es an der Zeit, "Verantwortung" zu üben. Vergessen hat Döpfner, daß es ja die große Finanzwelt war, die zum "Häuslebau" der kleinen Leute ermunterte und mit deren Zinsverpflichtungen spekulierte, aber egal - was sollen sie nun tun, die "Häuslebauer"? Ganz klar: Den Gürtel enger schnallen, ihre eigenen Schulden abbezahlen und ihre Steuer an den Staat abliefern, denn der muß ja die Schulden der Banken übernehmen. Da wird es für den Häuslebauer eng; die tägliche BILDZeitung, so wird Döpfner denken, wird der sich jedoch noch leisten können, also ist nichts zu befürchten, "moralisch" betrachtet.

*Glosse vom 10. Oktober 2008:*

## **Agenda 2010 - richtig erklärt**

Von SPE

Was ist links? - Eine überraschende Deutung lieferte jetzt Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) im Interview mit der *Frankfurter Rundschau*, bezogen auf die Agendapolitik: Die Agenda 2010 sei "ein linkes Projekt. Und sie wird es auch bleiben." Dem verblüfften Leser, der das nicht recht glauben mag, versichert Scholz: "Schließlich hat die Agenda dafür gesorgt (...) den Sozialstaat zu bewahren." Hat sie? Aber was ist mit boomenden Niedriglöhnen, Zeit- und Leiharbeit, 1-Euro-, Mini-, Midijobs und der Hartz-Verarmung? Haben die nichts mit der Agenda zu tun? Nein, haben sie nicht, sagt Scholz, "auch

wenn das von linksaußen so interpretiert wird." - Linksaußen steht demnach, wer einen Zusammenhang zwischen der Arbeitsmarktpolitik seit Schröder und ihren Folgen erkennt; und wer ihn benennt, ist ein "Populist".

Man müsse den Menschen die Agenda nur richtig erklären, ist eine beliebte (erfolglose) Forderung von Sozialdemokraten. Und die richtige Erklärung, das lernen wir bei Olaf Scholz, besteht darin, zu der Meinung zu verhelfen, dass die Agendapolitik nichts mit der Agendapolitik zu tun habe.

*Glosse vom 27. September 2008:*

## **Der Ami war's**

Von AKL

Ungewöhnlich starke Worte waren im Deutschen Bundestag zu hören - über Wirtschaftsmenschen, die "von der Gier getrieben" seien, über das böse "Rennen nach Rendite", über ein "unverantwortlich überhöhtes laissez-faire-Prinzip" und ähnlich schlimme Dinge mehr. Das alles hat sich, wenn man dem Bundesfinanzminister glaubt, in einem anderen Land abgespielt, aber es werde wahrscheinlich Unglück über das unschuldige Deutschland bringen, Wachstumsschwund, Arbeitslosigkeit. Aberglaube sei es, auf den ungehemmten Markt zu vertrauen, nun müsse Regulierung her im internationalen Finanzsystem. Aber hatte nicht genau dies seinerzeit Oskar Lafontaine gefordert, als sozialdemokratischer Bundesfinanzminister? Und war er nicht eben deshalb von seiner eigenen Partei aus dem Amt gemobbt worden - weil die Magnaten der Finanzwelt solche Reden übelnahmen und Gerhard Schröder gerade dabei war, die Bundesrepublik für die spekulative Kapitalverwertung weit zu öffnen? Vom Kurzgedächtnis der Sozialdemokratie abgesehen - an der Jagd nach dem Riesenprofit im globalen Finanzdschungel waren beileibe nicht nur US-amerikanische Banker und Manager beteiligt. Und das Geld, das da virtuell hin- und hergeschoben wurde, hat sich nicht in Luft aufgelöst, es ist in die Taschen der Gewinner des Spiels geflossen, auch der deutschen. Aber darüber konnte oder wollte Peer Steinbrück nicht sprechen. Nach diesem Auftritt im Bundestag zeigte sich der CDU-Haushaltsexperte Steffen Kampeter MdB etwas unzufrieden: Bei dem Koalitionskollegen im Ministeramt seien "anti-amerikanische und antikapitalistische Untertöne" zu hören gewesen. Was den zweiten Vorwurf angeht, so hat Kampeter nichts verstanden. Wer über die Grundübel der kapitalistischen Ökonomie schweigen, wer von diesen ablenken will, dem liegt es nahe, "Haltet den Dieb" zu rufen und in die Ferne zu zeigen. Jetzt in Richtung USA.

*Glosse vom 15. September 2008:*

## **Merz taucht ab**

Von M.W.

Der CDU-Politiker Friedrich Merz hat angekündigt, bei der nächsten Bundestagswahl werde er nicht wieder kandidieren. Bis Angela Merkel ihn ausbremste, galt er als Star seiner Partei., zu höchsten Ämtern berufen., aber Merz ist nicht der Mann, der sich mit einer Rolle im zweiten Glied begnügen könnte. Der sogenannte Wirtschaftsflügel der Union bedauert den Rückzug seines schneidigsten Vertreters. Vor der FDP-Bundestagsfraktion hielt Merz jetzt noch einmal eine Gastrede und schlug mächtig auf die Pauke: Der sozialstaatlichen Verschwendung müsse schärfer zu Leibe gerückt werden, die "Sozialpolitiker" seien es, die "mit immer mehr Geld Probleme schaffen, die sonst gar nicht da wären". Zur FDP will Merz aber nicht überwechseln, auch ein Sauerlandtrip mit Guido Westerwelle hat ihn dazu nicht animieren können. Vielleicht, so mag der Landsmann von Franz Müntefering denken, holt ihn die CDU später mal in ihre Spitze zurück? Vorerst wird der Parteifreund Jürgen Rüttgers, der "Arbeiterführer" in NRW, zufrieden darüber sein, daß Merz nicht mehr stört bei den Bemühungen, die CDU mit dem Image zu versehen, sie sei sozialer als die Sozialdemokratie.

Anerkennende Worte fand Merz bei seinem FDP-Auftritt übrigens für eine Studie der Chemnitzer Wirtschaftswissenschaftler Thießen und Fischer. Die beiden haben herausbekommen, daß der Hartz-IV-Regelsatz von 351 Euro monatlich zu üppig ist. Mit 132 Euro minimal bis 278 Euro maximal, so ihr

Forschungsergebnis, sei gut auszukommen. Wie wäre es denn, wenn Friedrich Merz das mal probiert? Gönnen wir ihm dafür ruhig den Maximalsatz.

*Glosse vom 10. September 2008:*

## **Die SPD - "gut aufgestellt"?**

Von M.W.

Beck in die Provinz zurückgeschickt, Müntefering mitsamt Bürochef Wasserhövel wieder hervorgeholt, Steinmeier noch weiter nach vorn geschoben - die SPD gibt sich frohgemut, jetzt endlich sei sie wieder "gut aufgestellt". Beck habe sich "zuviel zugetraut", für die Bundesrepublik sei er nicht qualifiziert, heißt die sozialdemokratische Sprachregelung, so als habe sich dieser Parteivorsitzende selbst gewählt. Müntefering gilt in der SPD als begnadeter Volkstribun - in einem bayerischen Bierkeller hat er seinen Wiedereinstieg mit dem Satz ausgerufen: "Lieber heißes Herz und klare Kante statt Hose voll". Fürwahr eine Glanzleistung. Und Steinmeier gilt ihr als exzellenter "Politikarchitekt", der schon "erfolgreich" für Schröder an der Agenda gebaut habe - so als habe der Abstrom von Mitgliedern und Wählerinnen oder Wählern gar nicht stattgefunden. Die "Neue Westfälische" meldete den Personalcoup an der SPD-Spitze auf ihrer Titelseite ganz groß mit dem Wort "Befreiungsschlag". Aber wer hat da einen Schlag geführt und wovon hat sich diese Partei befreit?

Die Prozedur, mit der SPD-Führungspositionen besetzt und umbesetzt werden, hat mit dem Ideal innerparteilicher demokratischer Willensbildung längst gebrochen. Im Zusammenspiel eines schwer zu identifizierenden Führungszirkels und einiger Meinungsmacher in den Massenmedien werden der Partei Spitzenkräfte präsentiert, die dann von den Gremien und Parteitagsdelegierten nur noch abgenickt werden können, denn wer wollte schon durch "Disziplinmangel" den Umfrageauftrieb gefährden? Innerparteiliche Debatte über gesellschaftspolitische Inhalte und daraus folgend Personalentscheidungen? Für die SPD eine altertümliche Idee, unbrauchbar.

Selbstverständlich wissen auch Steinmeier und Müntefering, daß ihre Partei nicht auf dem Wege zu einer neuen Mehrheit ist. Es geht ihnen darum, die SPD als auch künftigen Koalitionspartner in Stand zu halten, sei es für FDP und Grüne, sei es für die Union. So oder so ist weiterhin ein neoliberaler Kurs angesagt, und Opposition gilt, Müntefering folgend, als "Mist". Vielleicht sollte die SPD, wenn Steinmeier und Müntefering verschlissen sind, Schröder zurückholen, GAZPROM würde ihn doch sicher für ein Jährchen beurlauben. Der Mann ist forsch genug, am Abend nach der Wahl seinerzeit hat er's ja gezeigt, sich zum Sieger einer Wahl zu erklären, auch wenn er diese verloren hat. So etwas wäre gut für die strapazierte SPD-Seele.

*Glosse vom 31. August 2008:*

## **Endlich angekommen**

Von M.W.

Der Bielefelder Monumentalhistoriker Hans-Ulrich Wehler hat viele Jahre hindurch darunter leiden müssen, daß ihn die konservative Geisteswelt des Linksdralls verdächtigte. Zu Unrecht, wie sich aus manchen Äußerungen des emeritierten Erfolgswissenschaftlers bereits seit geraumer Zeit erkennen ließ. Anlässlich des Erscheinens des 5. Bandes seiner "Deutschen Gesellschaftsgeschichte" ließ Wehler sich nun von der "Neuen Westfälischen" interviewen, zum Titel machte die Zeitung seinen Ausspruch "Mir ist die rote Diktatur so gräulich wie die die braune". Was will man mehr? Wehler bestätigte dem Interviewer, daß er im jüngsten Band seines Werkes, wo nun die DDR-Geschichte Thema ist, "polemischer, schärfer, unduldsamer" geurteilt habe als in den vorhergehenden Bänden (in denen u.a. die NS-Zeit behandelt ist). Über die "Frontgeneration" Hitlerdeutschlands äußert sich Wehler in dem Interview wie folgt: "Die Nationalsozialisten ... haben eine Leistungsbereitschaft mobilisiert, ohne die man nicht sechs Jahre lang gegen die halbe Welt hätte Krieg führen können. Es bedurfte nur der Entnazifizierung dieser Leistungsmentalität. Leistungswillen brachten die jungen

Infanterieoffiziere, Panzer- und U-Boot-Kommandanten mit, was unmittelbar der sozialen Marktwirtschaft zugute kam." Da können wir aber glücklich sein, daß die Nazis für die Bundesrepublik Deutschland so gute Frühsozialisation geleistet haben. Was hätte aus dem neuen (West-) Deutschland werden sollen ohne die militärtrainierten Draufgänger? Die Gesellschaft der Bundesrepublik - ein verdienstvolles Werk des ehemaligen jungen Offizierskorps des Führers!

*Glosse vom 18. August 2008:*

## Hoffnungsvoll?

### Müntefering kommt, Wend geht

Von M.W.

"Müntefering soll die SPD retten", titelt die "Neue Westfälische" - der Ex-Parteivorsitzende und Ex-Vizekanzler stehe vor einem "Comeback auf der bundespolitischen Ebene". Vergessen scheint, daß zu der Zeit, als Franz Müntefering schon einmal als Retter seiner Partei galt, der Abstrom von Mitgliedern und Anhängern der SPD an Tempo zunahm.

Freudig reagierte der OWL-SPD-Bundestagsabgeordnete und "Wirtschaftssprecher" der Partei, Rainer Wend, auf die Nachricht von der Reaktivierung Münteferings: "Gerade in diesen schwierigen Zeiten können wir einen erfahrenen Fahrersmann wie ihn bestens gebrauchen".

Merkwürdig nur, daß an demselben Tag die NW berichtete, Wend wolle in der nächsten Legislaturperiode nicht wieder im Bundestag wirken, sondern "seine Aufgabe außerhalb der Politik übernehmen". So groß ist die Hoffnung, die Wend in die Zukunft der SPD setzt, also offenbar doch nicht, daß er auf einen angenehmen Job abseits der Partei (na wo wohl? Schließlich ist er "Wirtschaftsexperte"... ) verzichten würde.

*Glosse vom 08. August 2008:*

### Clement und die SPD:

## Absurdistan

Von M.W.

Die sozialdemokratischen Parteiobere sind (wie lange wohl?) glücklich - Parteifreund Clement sei "einen Schritt zugegangen" auf seine parteiinternen Kritiker, er habe sich "versöhnlich" gezeigt. Und auch an der Basis im Ruhrgebiet und in Hessen will man nun "zugehen auf Clement"; der habe sich "ausdrücklich entschuldigt" und versprochen, in Zukunft "die Parteiregeln einzuhalten", da sei ein Parteiausschluß völlig überflüssig.

Offenbar ist in der SPD, aus lauter Schrecken vor weiteren Zornesausbrüchen ihres Ex-Superministers, eine Hör- und Sehschwäche eingetreten. Denn tatsächlich hat Clement in seinen neuesten Medienauftritten erklärt:

1. zu einer Entschuldigung habe er gar keinen Grund, 2. die Parteiregeln habe er ja gar nicht verletzt, und 3. werde er sich selbstverständlich bei nächster Gelegenheit wieder genauso verhalten wie vor der Landtagswahl in Hessen. Bedauert hat er lediglich, daß Parteigenossen ob seiner Schelte für die hessische SPD sich getroffen fühlten. Für solche "Emotionen" (Clement) wird der Verfechter der Atompolitik und Bekämpfer eines "Linkskurses" gewiß neue Anlässe schaffen. Hier ein Vorschlag, wie das Problem zu lösen wäre: Die SPD beschließt, daß Parteistatut, Schiedskommissionen etc. immer dann außer Kraft gesetzt sind, wenn es um das Verhalten von Parteiprominenten geht. Ferner, daß diese, wenn ihnen Be- oder Entschlüsse von SPD-Landesverbänden, Parteitag usw. nicht gefallen, vor der Wahl der eigenen Partei warnen dürfen. Irgendjemand muß dann festsetzen können, wer zu dieser Parteiprominenz zu zählen ist. Dafür wäre Wolfgang Clement geeignet, soviel Zeit werden ihm

seine Tätigkeiten für RWE etc. lassen. Und damit endgültig Ruhe herrscht, könnte die SPD verfügen: Wer nach dem Ausschluß von Clement begehrt, wird aus der Partei ausgeschlossen.

Übrigens hat sich Hannelore Kraft, SPD-Landesvorsitzende in NRW, Clement als "prominenten Wahlhelfer" für die demnächst anstehenden Kommunal-, Europa-, Landes- und Bundeswahlen gewünscht. Endlich einmal eine Politikerin mit Sinn für schwarzen Humor!

*Glosse vom 28. Juli 2008:*

## **Glos als Entdecker**

Von AKL

Im Medienrummel um den US-Präsidentschaftskandidaten Obama ist ein Ereignis zu wenig beachtet worden, an dem sich weltpolitische Realitäten erkennen lassen:

Im Hochsicherheitsverfahren hat der deutsche Bundeswirtschaftsminister Besuch im Irak gemacht, ziemlich hastig beim Aufenthalt dort. Immerhin war Zeit genug, um eine Entdeckung zu machen, die Michael Glos denn auch freudig erregt über die Springer-Presse der Öffentlichkeit mitteilte: Im Irak gibt es riesige Ölvorräte! Andere Wirtschaftspolitiker wußten das allerdings schon. Bereits vor 1914, dann bei der Aufteilung von Beute nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg. Auf schmerzliche Weise wurde der externe Blick auf diese Vorräte geschärft, als die Iraker sie in eigene Verfügung nahmen, und so kam es zu den Kriegen gegen den "moslemischen Diktator". Spitzenleute der US-amerikanischen Ölindustrie entwarfen das politische Design für den militärischen Zugriff und betreuten jenen Vorgang, den die Politologen so nett "Regimechange" nennen. Der erwies sich als desolat, und auch die US-Amerikaner selbst leiden unter seinen Kosten. Aber es gibt Gewinner. Neben den Unternehmen, die Waffen herstellen oder Dienstleistungen bei Besetzung und Besatzung verkaufen, befinden sich auf der Profitseite die altbekannten Konzerne: Exxon Mobil, Shell, BP, und einige andere; das irakische Ölministerium unter US-amerikanischer Aufsicht hat ihnen die zeitweilig verlorenen Rechte am Ölgeschäft wieder zuerkannt. Insofern war der Krieg gegen den propagandistisch zum "Weltfeind" hochstilisierten Saddam Hussein erfolgreich. Und der deutsche Bundeswirtschaftsminister kam, was die Verteilung der Beute angeht, reichlich spät.

Aber zu tun gibt es demnächst für die Deutschen: Für den Krieg in Afghanistan braucht die US-Regierung mehr militärische Beteiligung der Bundesrepublik. Das ist auch ein Herzenswunsch des Präsidentschaftsbewerbers Barack Obama, von dem hierzulande so manche Politiker und Publizisten das Bild eines Friedensstars ausmalen. Obama hat sich von geopolitischen Experten beraten lassen: Die USA brauchen die Kontrolle über Afghanistan als Schlüsselland für machtpolitische Interventionen im Mittleren Osten. Auch dabei geht es um den Zugriff auf Energievorräte, und das "Große Spiel" um dieses strategische Terrain war längst in Gang, bevor Osama-"Fundamentalisten" auftraten. Die sind, imperialismusgeschichtlich gesehen, nicht mehr als (mitunter unbotmäßige) Statisten. Und so könnte unser Bundeswirtschaftsminister, wenn er sich dafür interessieren würde, im Orient noch so manches entdecken - nicht nur Öl, auch Ölpolitik. Mitsamt ihren blutigen Spuren.

*Glosse vom 24. Juli 2008:*

## **Professor Ackermann hoch im Kurs**

von SPE

Was haben Max Born, Martin Buber, Paul Tillich, Theodor W. Adorno, Jürgen Habermas und Josef Ackermann gemeinsam? Ganz einfach: Sie alle lehrten oder lehren an der Frankfurter Goethe-Universität. Zugegeben: Der zuletzt Genannte, Deutsche Bank-Chef Ackermann, ist erst jüngst als Honorarprofessor in den Gelehrtenreigen aufgenommen worden. Das große Kapital kolonisiert den universitären Diskurs, könnte man mit Habermas sagen, der zu seinem Glück schon im Ruhestand ist und das nicht mehr vor Ort erleben muss.

Den Vorgang kennt man nun schon seit einiger Zeit. Seit der neoliberalen Öffnung der Universitäten für »Exzellenzen« aus der Privatwirtschaft, tummeln sich vermehrt externe Manager-»Eliten« an den gehobenen Bildungseinrichtungen – und entscheiden über deren Belange nicht selten an zentraler Stelle mit. Zugleich wird die universitäre Selbstverwaltung schrittweise abgebaut.

Der ASTA der Uni Frankfurt zeigt sich im Falle der Berufung Ackermanns entsetzt. Ackermann vertrete eine »neoliberale Wirtschaftspolitik«, die die Spaltung in Arm und Reich vorantreibe. Die ASTA-VertreterInnen sehen den Senatsentscheid auf einer Linie mit einer jüngst durch den britischen Finanzinvestor »3i« eingerichteten Stiftungsprofessur. – Der Frankfurter Unipräsident Rudolf Steinberg lobt hingegen die Personalentscheidung: Sie biete »eine hervorragende Basis für die weitere Verknüpfung von Theorie und Praxis«. – Theorie ganz praktisch: Als Spekulationsobjekt für das Finanzkapital.

*Glosse vom 30. Juni 2008:*

## **Demoskopisches: Demokratie und Kapitalismus**

Von P.S.

Das Münchener Meinungsforschungsinstitut Polis/Sinus hat herausbekommen, daß immer mehr BürgerInnen der Bundesrepublik in die Funktionsfähigkeit der gegenwärtigen Form von Demokratie kein Vertrauen mehr setzen - jede(r) Dritte gehöre inzwischen zu diesen Ungläubigen. "Deutsche sind demokratiemüde", betiteln die Zeitungen diese Meldung. Müdigkeit - weil Demokratie erschöpft? Oder weil sie zu langweilig ist? Der interpretierende Begriff führt weg vom Sachverhalt. Die Demoskopien haben nämlich auch festgestellt, daß unter den Demokratie-"Müden" besonders viele Arbeitslose und Hartz IV-Empfänger sind.

Die Bertelsmann-Stiftung in Gütersloh hat durch eine repräsentative Umfrage ermittelt, daß immer mehr Deutsche an der Tauglichkeit des herrschenden Wirtschaftssystems zweifeln - der "Realkapitalismus" verliere stetig an Akzeptanz. Zu vermuten ist, daß noch so gut ausgeklügelte PR-Strategien auch der Bertelsmänner an diesem Trend nichts ändern werden - die zunehmenden Zweifel haben etwas mit Erfahrung zu tun.

Unsere Frage: Ob möglicherweise Zweifel am Funktionieren der Demokratie, so wie sie jetzt ist, etwas mit dem kritischen Blick auf den Kapitalismus, so wie dieser funktioniert, zu tun haben?

*Glosse vom 18. Juni 2008:*

## **Neues aus der SPD: K-Frage gelöst?**

Von M.W.

Frank-Walter Steinmeier sei nicht nur als Kanzlerkandidat, sondern auch als Parteivorsitzender der SPD vorgesehen, berichtet der *Spiegel*. Von wem? Jedenfalls von dem Hamburger Nachrichtenmagazin selbst, und das will ja, erinnert man sich an die Karriere Gerhard Schröders, viel heißen. Beim sozialdemokratischen Landesparteitag in Niedersachsen ist der hochgelobte Mann bereits in der passenden Pose aufgetreten: Ohne Jackett, mit roter Krawatte, Basta-Rhetorik ühend. "Frank kann auch Basis", soll ein Delegierter die Stimmung bei den Delegierten wiedergegeben haben. Ein Loyalitätswort Steinmeiers an Kurt Beck durfte nicht fehlen: "Wenn der Parteivorsitzende das Recht für die Kanzlerkandidatur in Anspruch nimmt, werde ich ihn vorbehaltlos unterstützen", sagte Steinmeier laut Reuters, eine Konditionalaussage, die in der Partei gewiß in ihrem Hintersinn verstanden wird: "Sollte Kurt Beck noch Parteivorsitzender bleiben und dann wirklich Kanzlerkandidat

werden wollen, dann..." Ja was dann? Aber über diesen höchst unwahrscheinlichen Fall muß sich der deutsche Außenminister keinen Kopf machen. Seine Partei hofft auf ihn als eine Art Schröder-Wiedergeburt, so als hätte der Niedergang der SPD mit der Politik jenes Agenda-Kanzlers nichts zu tun.

Das *Westfälische Volksblatt* brachte in seiner Rubrik "Zitat" einen Satz von Frank-Walter Steinmeier, über den man rätseln kann: "Ich glaube nicht, daß die SPD am linken Rand unserer Gesellschaft ihren wachsenden Einfluß sichern wird". Was mag da wohl "Rand" bedeuten, und was "wachsender Einfluß"? Ein Fallbeispiel, geographisch aus einer Randlage, aber immerhin dem Bundestagswahlkreis von Angela Merkel: Bei der Landratswahl im Kreis Rügen gewann gerade die Kandidatin der Linkspartei 68,3, der CDU-Kandidat 17,8, der FDP-Bewerber 9,4 und der Mann von der SPD 4,4 Prozent der abgegebenen Stimmen. Eine regionale Besonderheit, gewiß - aber auch sie verweist auf die desaströse Situation einer "Volkspartei".

*Glosse vom 18. Juni 2008:*

## **Verkohlert: Der "Erfolg" von Hartz IV**

Von M.W.

Eine Agenda 2020 forderte Bundespräsident Horst Köhler in seiner neuen Berliner Rede - weil die Agenda 2010 sich als richtig erwiesen habe. "Wer nicht lange nach einem guten Arbeitsplatz suchen muß, braucht auch keine Angst vor Hartz IV zu haben", belehrte der Präsident sein Volk.

Aber zur selben Zeit mußte die Bundesanstalt für Arbeit einräumen, daß im Berichtszeitraum (erstes Halbjahr 2007) nur drei bis vier Prozent der zwecks Arbeitsvermittlung verwalteten EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II einen sozialversicherungspflichtigen Job bekommen konnten. Und selbst da steht es dahin, inwieweit es sich um existenzsichernde Arbeitsplätze handelt. "Eine schlechte Nachricht", kommentierte Bundesanstanlschef Frank-Jürgen Weise diesen "Erfolg".

Frage: Gibt es im Bundespräsidialamt keinen Mitarbeiter, der den höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik über die Fakten in den sozialen Niederungen informiert?

*Glosse vom 15. Juni 2008:*

## **Annäherung an den Finanzmarkt: "Grün zahlt sich aus"**

Von M.W.

"Die Grünen umgarnen die Finanzwirtschaft" - schreibt die "Frankfurter Rundschau" über das Ereignis: Am deutschen Börsenstandort veranstaltet die grüne Partei eine "Finanzmarktkonferenz". Initiator ist der finanzpolitische Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, Dr. Gerhard Schick (vor seiner MdB-Tätigkeit beschäftigt bei der Stiftung Marktwirtschaft und der Bertelsmann-Stiftung). Hauptredner der Konferenz: Klaus-Peter Müller, Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken und Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank. "Grün zahlt sich aus" heißt das Motto der Veranstaltung, was heißt: Im Finanzmarkt soll für Renditechancen in "Öko-Unternehmen" geworben werden. Da ist gewiß keine Zeit für die Überlegung, wie denn das Finanzkapital unter politische Kontrolle gebracht werden könnte. Bleibt die Frage, wer hier mit wessen Hilfe wen umgarnt - und für wen sich das auszahlt. Um die berufliche Zukunft des grünen Finanzpolitikers Gerhard Schick, wenn er nicht mehr MdB sein will oder kann, ist uns nicht bange.

*Glosse vom 11. Juni 2008:*

## **Zweimal SPD: EU-Richtlinien zur Arbeitszeit**

Von AKL

"Acht Stunden am Tag und nicht mehr" - diese Forderung stand einst am Beginn der internationalen Arbeiterbewegung. Der Konflikt um eine Begrenzung der täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeit begleitet seitdem die Geschichte von Arbeitnehmerorganisationen und Arbeitgebern. Die Sozialminister der Staaten der Europäischen Union haben jetzt beschlossen, daß die durchschnittliche Arbeitszeit pro Woche 48 Stunden maximal ausmachen soll - Ausnahmen bis zu 60 Stunden aber zulässig sein können, bei Bereitschaftsdiensten sogar 65 Stunden und mehr.

Durch diese "Regelung, die keine ist" drohe ein sozialer Rückschritt, sagt der Europäische Gewerkschaftsbund. Das sei "ein Schlag ins Gesicht für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer", meint Karin Jöns, Sozialexpertin der SPD im Europäischen Parlament. Bundesminister Olaf Scholz hingegen wertet den EU-Ministerratsbeschuß als "Baustein eines sozialen Europas". Nun dürfen wir uns aussuchen, welcher SPD-Deutung wir zustimmen.

*Glosse vom 05. Juni 2008:*

## **Ein Retter aus Lippe?**

Von P.S.

Der SPD geht es schlecht und schlechter, auf 20 Prozent ist sie in den Umfragen abgesackt. Ein Retter wird gesucht. Alexandra Jacobson, Berliner Korrespondentin der "Neuen Westfälischen" (und damit auch der "Lippischen Landeszeitung"), hat ihn längst gefunden. Er entstammt dem Verbreitungsgebiet ihrer Zeitung, ist stets korrekt gekleidet, weiß die Worte wohl zu setzen, genießt massenmediale Aufmerksamkeit und Publikumsgunst. Außerdem ist er ein überzeugter Verfechter jener Agenda-Politik, die sein Landsmann Schröder eingeleitet hat. "Warten auf Steinmeier" - so die Überschrift des jüngsten Leitartikels von Alexandra Jacobson. Gemeint ist damit, dass die SPD nicht länger warten, sondern möglichst umgehend Steinmeier zum Kanzlerkandidaten ausrufen soll, vor allem, um ihren Parteivorsitzenden Kurt Beck im Hintergrund verschwinden zu lassen. Der hat, so sieht es Alexandra Jacobson, zusammen mit der hessischen SPD-Landesvorsitzenden die SPD in Mißkredit gebracht, durch Annäherungen an die Linkspartei.

Verliert die SPD derzeit noch mehr an Sympathie bei ihrer früheren Anhängerschaft, weil sie mit Lafontainisten und "Linksradikalen" liebäugelt? Folgt man den Ratschlägen der NW-Leitartiklerin, so hilft der Partei nur noch ein deutlicher Trennungsakt gegenüber der Linken.

Aber seltsam: In derselben NW-Ausgabe, von der hier die Rede ist, wird gemeldet, daß die Umfragewerte für die Linkspartei weiter ansteigen und bei wahlberechtigten Männern SPD und Linkspartei inzwischen gleichauf liegen.

Wie das - bisherige SPD-Anhänger sind sauer auf diese Partei, weil sie sich von der Linkspartei nicht hinreichend abgrenze, und deshalb wenden sie sich der Linkspartei zu?

Ein politisches Rätsel, das uns die NW bzw. deren Redakteurin da präsentieren.



*Schnipsel vom 28.Mai 2008:*

## **Politikbetrieb - postmodern**

Von M.W.

Zukünftig wolle er die Linkspartei durch seinen Verfassungsschutz schärfer überwachen - erklärte der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann (CDU). Seine Begründung: Diese Partei fordere die Vergesellschaftung bestimmter Produktionsmittel, und das sei "mit der bestehenden Grundordnung nicht vereinbar". Welche Ordnung mag er da meinen? Um das Grundgesetz kann es sich nicht handeln, denn das sieht in Artikel 15 vor, daß "Produktionsmittel zum Zwecke der Vergesellschaftung ... in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden können". Es mag sein, daß dies dem besagten Minister gar nicht bekannt ist, er wird möglicherweise gar nicht die Zeit gehabt haben, die Verfassung der Bundesrepublik zu studieren.

\*\*\*

Artikel 18 des Grundgesetzes ist offenbar dem Bundesvorsitzenden des CDU-nahen Studentenverbandes RCDS nicht geläufig. Er macht den Vorschlag, den Vermögenden in unserem Land, weil sie "den Wohlfahrtsstaat finanzieren", ein doppeltes Stimmrecht bei Wahlen zu geben. Die Verfassung hingegen verbürgt gleiches Stimmrecht für alle StaatsbürgerInnen.

\*\*\*

Die Ausbreitung von Armut in deutschen Landen beklagte der Sozialexperte der Grünen, Markus Kurth: Die Abwärtstrends bei unteren Einkommen seien "Früchte von Hartz IV, die nun voll durchschlagen". Da macht sich Vergeßlichkeit stark bemerkbar; die grüne Partei war es, die zusammen mit der SPD für jene Gesetzgebung verantwortlich war, deren Folgen der Grünenpolitiker jetzt anprangert.

*Glosse vom 08.Mai 2008:*

Eine politische Sensation:

## **Die BRD sozialistisch regiert.**

Von P.S.

Erich Honecker wird der Spruch zugeschrieben, den Sozialismus in seinem Lauf halte weder Ochs noch Esel auf. Jetzt hat diese These auf überraschende Weise Bestätigung gefunden, von kompetenter Seite, und aus durchaus gegnerischer Sicht: Friedhelm Koch, Vorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung im Kreis Paderborn, hat eine sensationelle Entdeckung gemacht: "Was in Berlin exekutiert wird, ist lupenreiner Sozialismus". Gemeint ist die Gesellschaftspolitik der Bundesregierung unter der Kanzlerin Angela Merkel.

Da wird die Welt, durch einen Paderborner Christdemokraten aufgeklärt, die Lageeinschätzung neu bestimmen müssen. Sozialismus in der Mitte Europas - am besten nimmt sich die CIA des Problems an, um das Schlimmste zu verhüten und dafür zu sorgen, daß Honecker nicht auf die Dauer Recht behält. Und Friedhelm Koch wird in die Geschichtsbücher eingehen, als großer Entdecker.

*Glosse vom 18. April 2008:*

## **Politik in Bütikofer-Manier**

Von P.S.

In Hamburg regieren demnächst die Grünen, wenn ihre Mitgliederversammlung nicht doch noch ein Haar in der Koalitionssuppe findet, zusammen mit der CDU. Die "Neue Westfälische" hat den grünen Bundesparteichef Reinhard Bütikofer zu diesem Ereignis befragt; der freut sich über diese Art von Multioptionsdemokratie. Er hält sogar ein schwarz-grün-gelbes Bündnis auf Bundesebene für denkbar, auch an so unterschiedlichen Politikertypen wie Westerwelle hier und Trittin dort müsse das nicht scheitern, denn: "Beide sind Machtpolitiker, die sich im Zweifel auf neue Situationen einstellen können". Nur für die Linkspartei hat Bütikofer kein Verständnis. Der legt er folgende Meinung zur deutschen Afghanistan-Politik in den Mund: "Ist uns doch egal, was mit den Menschen dort passiert, wir machen die Augen zu und ziehen ab."

So kennntnislos ist Bütikofer nicht, dass ihm entgangen sein könnte, in welchem Sinne die Linkspartei, aber nicht nur sie, sondern die Friedensbewegung und auch viele gar nicht linke Experten ein Ende des deutschen militärischen Einsatzes in Afghanistan fordern: Die US-geführten kriegerischen Aktionen dort treiben das Land immer mehr in den Ruin, bringen neue Gewalt hervor und züchten Terroristen. Die bisherigen militärischen Interventionen externer Mächte haben die Chancen für friedliche Lösungen in diesem Land stets nur verringert. Erst ein Truppenabzug würde Raum geben für eine wirksame "Offensive" ziviler Aufbauhilfe.

Das ist eine völlig andere Stellungnahme, als Bütikofer sie der Linkspartei zuschreibt, und so bleibt nur der Schluß: Der Machtpolitik-Fan, der zur Zeit die grüne Bundespartei anführt, schreckt nicht zurück vor dumm-dreister Demagogie, wenn sie ihm parteitaktisch nützlich erscheint. Lang, lang ist's her, daß die Grünen nicht nur Alternativen in der politischen Sache, sondern auch eine alternative Methode von Politik versprochen...

*Glosse vom 15. April 2008:*

Bahnprivatisierung:

## **SPD-Basis stillgelegt?**

Von M.W.

Aus der BürgerInnen-Bahn soll, wenn es nach dem Willen des Mehdorn-Managements geht, eine Börsen-Bahn werden. Renditehungrige private Investoren sollen sich in die Deutsche Bahn einkaufen können. Die flächendeckende Versorgung mit Angeboten für den Bahnverkehr würde dann noch weiter reduziert, zugunsten von Profiten im internationalen Transportgeschäft.

Auch viele Sozialdemokraten halten dies für eine Gemeinwohlgefährdung, und so beschloß der jüngste SPD-Parteitag, private Kapitalbeteiligungen an der Bahn AG dürften nur in der Form von Volksaktien realisiert werden, also ohne Einflußchancen für Finanzhaie. Schon das war ein Kompromiß für diejenigen Sozialdemokraten, die überhaupt keine Art von Bahnprivatisierung wollen. Jetzt hat die SPD-Spitze ein anderes Modell vereinbart: Schienenverkehr und Bahnhöfe sollen vollständig in Bundeseigentum bleiben, der Bahnbetrieb mitsamt Logistik hingegen soll zu 24,9 Prozent an Finanzinvestoren (und nicht an "Volksaktionäre") verkauft werden. Die CDU findet diesen Plan in Ordnung, merkt aber an: Die 24,9 Prozent sollen nur "eine erste Tranche" der Anteilsabgabe an private Finanzunternehmen sein.

Ausverkauf öffentlichen Eigentums auf Raten also, noch dazu Begünstigung privater Profite, indem die SteuerzahlerInnen das Schienennetz dafür finanzieren dürfen?

Der SPD-Parteitag hatte anderes im Sinn. Man darf gespannt sein, ob die SPD-Basis sich mit dem nun faulen Kompromiß zufrieden gibt - werden erst innerparteiliche demokratische Regungen und dann Bahnstrecken stillgelegt?

*Glosse vom 07. April 2008:*

## **Apokalypse im Herbst?**

von Urs Umtriebzig

In der Nähe von Genf steht die größte Maschine der Welt. Das "Europäische Labor für Teilchenphysik", kurz CERN, hat die Ausmaße einer Kleinstadt. Im so genannten Teilchenbeschleuniger (Large Hadron Collider, HDC), einem 27 Kilometer langen, ringförmigen Tunnel, soll ab Herbst diesen Jahres der "Urknall" in Miniaturform nachgestellt werden, um Einblicke in die Entstehung des Universums und des Lebens zu erhalten. Dazu werden positiv geladene Atomteilchen (Protonen) näherungsweise in Lichtgeschwindigkeit versetzt und zum Zusammenprall mit anderen Teilchen gebracht.

Kritiker befürchten allerdings, dass es zu einem unschönen Nebeneffekt kommen könnte: Durch die Kollision der Teilchen könnten "schwarze Löcher" entstehen. Das sind Zonen extremer Materieverdichtung, die alles in sich aufsaugen, was sich in ihrer Nähe befindet. Die mögliche Folge des Experiments in CERN könnte somit sein, dass die Erde in den Sog dieser künstlich erzeugten schwarzen Löcher gerät und - in ihnen verschwindet. Es handelte sich um das finale Experiment und zugleich um eine schöne philosophische Paradoxie: Im Augenblick der Erkenntnis über die Entstehung des Lebens wäre das Leben vorbei, bzw. in einen anderen, sehr kompakten Materiezustand versetzt.

Man sollte das mögliche Verschwinden der Erde aber nicht dramatisieren. Allein in unserer Galaxie gibt es schätzungsweise 500 Milliarden Himmelskörper. Da kommt es auf einen Planeten mehr oder weniger wirklich nicht an.

*Glosse vom 04. April 2008:*

## **Ein Grüner wurde schwarz - aber hält die Farbe?**

Von AKL

Oswald Metzger, lange Zeit hindurch umtriebiger Vorzeige-Marktwirtschaftler der Grünen, hat seine Herkunftspartei verlassen und ist der CDU beigetreten. Dort erhofft er sich für seine neoliberalen Politikvorstellungen "einen viel größeren Resonanzraum" - und außerdem ein Bundestagsmandat. Mit dem Christlichen an seiner neuen Partei hat er, nach eigener Aussage, "keine Probleme", denn als Schuljunge hat er ein kirchliches Internat besucht. Fortsetzen will er seine Attacken auf "Volksbeglückungspolitik", d.h. seine Polemik gegen Sozialstaatsverfechter.

Ob die neuen Parteifreunde so etwas als Werbevorteil empfinden, ist ungewiß; insofern ist noch nicht sicher, daß die Union Metzger zum Bundestagskandidaten macht. In diesem Fall noch einmal ein Parteiwechsel, diesmal zur FDP, wäre vermutlich zu viel des Wendigen. Aber Metzger wird auch dann nicht ins Abseits geraten; an einem Platz für ihn bei einer unternehmerischen Politagentur wird es wenn nötig nicht fehlen. Wie wär's denn mit einem Job in Gütersloh, wenn aus Berlin nichts wird?

Glosse vom 16. März 2008:

## Fünf Gründe, warum Frank-Walter Steinmeier nächster SPD-Kanzlerkandidat werden sollte

von SPE

*Quo vadis, SPD? Peter Struck, SPD-Fraktionsvorsitzender, hat jüngst die Diskussion um den künftigen Kurs der deutschen Sozialdemokratie mit dem Vorschlag bereichert, Frank-Walter Steinmeier zum nächsten SPD-Kanzlerkandidaten zu küren. - Was spricht dafür?*



### 1. Grund: Steinmeier ist beliebt

In der allmonatlich erhobenen "Beliebtheitskala" deutscher Spitzenpolitiker rangiert Frank Walter Steinmeier unangefochten auf Platz 2 hinter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sogar CDU-Sympathisanten werden Steinmeier irgendwie nett finden. Der Grund: Steinmeier ist als Außenminister TV-geeignet viel unterwegs und wenn er sich zur nationalen oder gar Tagespolitik äußert, geschieht dies in diskreter Diplomaten-sprache. Kurz: Die Menschen werden nicht mit Problemen belästigt.



### 2. Grund: Steinmeier ist ein unbeschriebenes Blatt

Wer weiß schon, dass Steinmeier unter Gerhard Schröder Chef des Kanzleramts gewesen ist und maßgeblich an der Ausarbeitung der Agenda-Politik und den Hartz-Gesetzen mitgewirkt hat? Kaum jemand. Steinmeier trat urplötzlich aus Schröders Schatten ans Licht der Öffentlichkeit und wurde Außenminister. Schröder ist ja jetzt Gazprom-Lobbyist, also politisch gesehen Geschichte. Zwar ist dessen Politik immer noch uneingeschränkt wirksam, aber Steinmeier bleibt in dieser Hinsicht ein unbeschriebenes Blatt. Und das neoliberale Pamphlet "Auf der Höhe der Zeit", an dem Steinmeier vor einiger Zeit mitgeschrieben hat, hat im Volk keiner gelesen.



### 3. Grund: Steinmeier ist "einer von uns"

Steinmeier kommt von "ganz unten" (Wallraff). Der Vater war einfacher Tischler, die Mutter Fabrikarbeiterin. Steinmeier ist trotzdem Doktor der Politikwissenschaft geworden (damals war das mit solchem sozialen Background noch möglich). Ganz armen Menschen widmete er seine Dissertation: "Bürger ohne Obdach" (1991). Dass heute die Hartz-Regelungen unwilligen Leistungsempfängern sogar das Obdach entziehen können, ist der "Höhe der Zeit" geschuldet. Heute glaubt Steinmeier jedenfalls, dass es "keine Unterschicht" (Franz Müntefering) mehr gibt. - Ob das plötzliche Verschwinden der Unterschicht auch ein Erfolg von Steinmeiers Doktorarbeit ist? Sein Lebenslauf zeigt jedenfalls: Bescheidene Herkunft enthält eine Aufstiegschance.



### 4. Grund: Steinmeier steht für Sicherheit

Als ehemaliger Koordinator der Geheimdienste weiß Steinmeier um die Unsicherheit in der Welt. Als Mitglied im Krisenstab nach dem 11. September 2001 unterstützte er Schröders Formel von der "uneingeschränkten Solidarität" mit George W. Bush. Im Falle des in Guantanamo gefolterten "Murat Kurnaz" bewies Steinmeier abwehrende Stärke (er ließ Kurnaz nicht einreisen). Derzeit hilft Steinmeier, unsere "Freiheit am Hindukusch" (Peter Struck) zu verteidigen und hat auch gegen staatliche Überwachung (vom verdachtslosen Abhören von Telefongesprächen bis hin zur "Vorratsdatenspeicherung") nichts einzuwenden.



### 5. Grund: Steinmeier schlingert nicht

Mit der Linkspartei hat Steinmeier natürlich nichts am Hut. Steinmeier und seine Freunde bilden ein Bollwerk gegen die "Lafontaine-Truppe". Mit Steinmeier wird es keinen Beck'schen Schlingerkurs

geben. Begriffe wie "links" gehören zu einer gestrigen "Gesäßgeographie" (so Steinmeiers Freund Peer Steinbrück). Steinmeier ist weder links noch rechts, auch nicht grün-liberal oder gelb-liberal. Steinmeier ist Sozialdemokrat. Und was das bedeutet, bestimmt er selbst.

*Glosse vom 09. März 2008:*

## **Eine Schlammschlacht-Partei**

Von Marja Winken

In den Führungszirkeln von Parteien geht es nicht zu wie anno dazumal im Bibelkränzchen - das ist nicht weiter überraschend. Auch bei Parteiprominenten sind Mißgunst und heimtückische Rivalität verbreitet, auch dort "menschelt" es halt, wie sollte es anders sein. Aber was sich seit Wochen in der ältesten deutschen Partei abspielt, hat eine neue Qualität.

Da macht unter den Spitzenkräften der SPD jeder jede öffentlich zur Schnecke, immer unter dem Vorwand, um Glaubwürdigkeit der eigenen Partei oder gar um Rettung der Bundesrepublik vor "Oskar und seinen Kommunisten" besorgt zu sein, freudig begleitet von der BILD-Zeitung und anderen Medien, die ihr Geschäftsinteresse als Warndienst für die Demokratie ausgeben. Nebenmänner des Parteivorsitzenden beschädigen dessen Ansehen über die Presse und klagen bald danach über sinkende Umfragewerte eben dieses Mannes, und eine solche Art von innerparteilichem Umgang miteinander, immer mit Loyalitätsbekundungen garniert, wird zur Regel. Nur ein Beispiel: In der "Neuen Westfälischen" drückt der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Wend sein "Verständnis" für die Parteifreundin Ypsilanti aus und sagt gleichzeitig, nicht ohne Häme, wenn die gute Frau mit Hilfe der Linkspartei denn doch Ministerpräsidentin werde, "befürchte" er, daß sie an diesem Amt "nicht lange Freude haben werde". Und es folgt das schlagende Argument: "Käme die Linke ans Ruder, würde bei uns der Wohlstand genauso verspielt, wie es die Vorgängerpartei in der DDR vorgeführt hat". Wessen Wohlstand Wend wohl meint? So töricht kann auch ein "Wirtschaftsexperte" nicht sein, um allen Ernstes anzunehmen, die ökonomische Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik sei bei einer Regierungsbeteiligung der Linkspartei zerstört - um SPD-interne Demagogie also geht es, und um Führungsgerangel in dieser Partei, ausgetragen mit allen Mitteln. Selbstverständlich weiß ein Bundestagsabgeordneter (er geht ja seinem Job in Berlin nach), daß eine regierungsbeteiligte Linkspartei alles andere als einen Umsturz im Sinne hat, was am Fall der Berliner Stadtkoalition leicht zu erkennen ist.

Die personelle Schlammschlacht in der SPD lenkt ab von den tatsächlich bedrängenden gesellschaftlichen Problemen hierzulande; für die Partei selbst ist sie nachhaltig destruktiv. Zu fragen ist, wie lange sich die in der SPD verbliebenen Sozialdemokraten an der Basis, die nicht auf Spitzenpositionen erpicht sind, dieses erbärmliche Schauspiel noch bieten lassen wollen...

Eine polemische Glosse? Gewiß. Aber es gibt Sachverhalte, denen gegenüber die Neigung zum Humor sich verflüchtigt.

*Glosse vom 29. Februar 2008:*

## **Gleichberechtigung beim Soldatentod?**

Von AKL

Die "Frankfurter Rundschau" (sie hat nicht nur ihr Format verändert) bringt einen Stimmungsbericht über die Bundeswehr. Viele Soldaten (sie bleiben ohne Namen) seien der Meinung, die deutschen Kampfeinsätze in Afghanistan müßten verstärkt werden, denn: "Mit welcher Begründung sollen dort nur Amerikaner oder Briten sterben? Mit welchem Recht sollen nur deren Mütter oder Frauen trauern?" Der "friedliche Aspekt der Mission in Afghanistan" dürfe nicht länger im Vordergrund stehen, die Bundeswehr wolle kein Militär "zweiter Klasse" sein. Zuvor schon hatte in derselben Zeitung der

Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler beklagt, daß dem deutschen Militärgedank "der Gedanke des Opfers fremd geworden" sei.

Eine ethische Innovation: Für alle das gleiche Recht auf den Soldatentod, auf Opfer- und Trauerstatus. Man darf gespannt sein, wann sich diese Autoren der "Frankfurter Rundschau" freiwillig zur kämpfenden Truppe am Hindukusch melden. Mit endlich erstklassigem Risiko.

*Glosse vom 22. Februar 2008:*

CDU/Linkspartei:

## Hilfe vom Gegner

*Von M.W.*

Der Kreis Paderborn stellt eine Hochburg der CDU dar, aber auch hier bröckelt es beim Mitgliederbestand. Weitaus mehr Parteiaustritte als -Eintritte, so beklagt sich der Kreisgeschäftsführer, sind zu verzeichnen. Aber er sieht eine Chance: "Im Erstarken der Linkspartei". Dann könne sich die CDU zukünftig wieder "besser abgrenzen". Gegen das Bedürfnis einer Partei, zu einer anderen deutliche Unterschiede aufweisen zu können, ist nichts zu sagen - so funktioniert Demokratie. Und der Geschäftsführer einer christlichen Partei wird ja sicherlich nicht im Sinne haben, Andersdenkende zu diffamieren. Also kann sich das politisch interessierte Publikum auf mehr notwendigen Streit der Meinungen freuen, nehmen wir mal an. Und wer darüber nachdenkt, ob er der neuen Linkspartei Unterstützung geben soll, kann das nun guten Gewissens positiv entscheiden - er trägt so dazu bei, dass einer alten Volkspartei nicht die Puste ausgeht. Wie wäre es denn, wenn die heimische CDU-Geschäftsstelle, um das Modell der "Hilfe durch Gegnerschaft" praktikabel zu machen, Beitrittsformulare für die Linkspartei auslegt, für den Fall, daß unverbesserliche Kritiker der Unionspolitik vorbeischaun?

*Glosse vom 06. Februar 2008:*

## Worauf es ankommt

*Von Marja Winken*

Renate Künast, Vorsitzende der grünen Bundestagsfraktion, hat ihrem Stellvertreter Jürgen Trittin einen Fußtritt versetzt, in der *Frankfurter Rundschau*. Trittin hatte öffentlich darüber nachgedacht, ob seine Partei nicht auch zu einer Koalition mit der Linkspartei bereit sein müsse. "Kaffeersatzleserei" sei das, sagt Künast, zum Schaden der Grünen. Denn die Linkspartei (derzeit "das linkstraditionelle Spektrum bedienend und zugleich ganz rechts außen fischend") sei "bis 2009 nicht auf das Niveau von Regierungsfähigkeit" zu bringen; sie aber (Renate Künast) wolle "schon 2009 Merkel ablösen". Das ist etwas mißverständlich formuliert, denn bei aller Selbstüberschätzung wird die Grünen-Chefin im Bundestag denn doch wohl nicht hoffen, Bundeskanzlerin zu werden. Gemeint ist jedenfalls: Bei der nächsten Bundesregierung wollen die Grünen dabei sein, um jeden Preis. Da ist die SPD, so Renate Künast, "nicht mehr der alleinige exklusive Koalitionspartner - die Türen sind offen". Also auch für die CDU/CSU und die FDP, nur (noch) nicht für die Linke. Künast: "Bei jeder Regierungsbeteiligung kommt es am Ende einzig darauf an, wie viel Grün drin ist. Nur das zählt." Da ist eine Kleinigkeit zu korrigieren - es müßte heißen: "Wieviele Grüne drin sind". Daß Renate Künast dazu gehören müßte, versteht sich von selbst.

*Kommentar vom 02. Februar 2008:*

## **Gesprächsverweigerung als Chance**

von Urs Umtriebzig

Die Linkspartei wäre der naheliegende Partner für eine rot-grüne Koalition in Hessen. Bei den Themen Mindestlohn, Gemeinschaftsschulen, Rückführung von Privatisierungen oder Studiengebühren unterscheiden sich die Zielsetzungen nicht. Doch mehrfach hat die als "links" apostrophierte Andrea Ypsilanti einem Bündnis mit der Linkspartei eine klare Absage erteilt, stattdessen setzt sie auf die FDP, die sich ihrerseits verweigert.

Ypsilanti bestimmt ihre Prioritäten offenbar nicht aus freien Stücken. In der Berliner SPD-Parteizentrale wird befürchtet, dass ein falsches Signal in Richtung der Großen Koalition ausgesendet würde, täte sich die SPD in einem westdeutschen Flächenland mit der Linkspartei zusammen. In der Bundesspitze der Sozialdemokraten dominieren überdies die Schröderisten, die eine unbeirrte Fortsetzung der Agenda-Politik vertreten. Ihrem Strategiediktat beugt sich Ypsilanti, gegen eigene Überzeugungen und auch gegen weite Teile der Parteibasis.

Wären da noch die Grünen. Deren Wunschartner ist zwar die SPD, doch hinsichtlich der Linkspartei wird jede Zusammenarbeit ausgeschlossen. Offener zeigen sich die seit langem in der Realpolitik "angekommenen" Ex-Alternativen da schon für die CDU. Vielleicht klappt's ja noch mit Jamaika.

Die sechs Abgeordneten der Linkspartei brauchen sich über die rot-grüne Gesprächsverweigerung nicht enttäuscht zeigen. Für eine neue Linke sollte die Ausweitung einer tragfähigen Basis und die Entwicklung oppositioneller Politik im Wechselspiel mit außerparlamentarischen Aktionsformen entscheidend sein. Stärkung erfährt sie hauptsächlich von dort, weniger in den verschleißenden Tagesroutinen des Regierungsbetriebs.

*Glosse vom 28. Januar 2008:*

## **Wahlen in Hessen und Niedersachsen**

### Triumphe gab es nicht

Von P.S.

Bei den Wahlen in Niedersachsen habe der CDU-Ministerpräsident "triumphiert" titelte die "Neue Westfälische". Wieso denn? Um 10 Punkte ist die Wahlbeteiligung in diesem Land, verglichen mit der vorhergehenden Landtagswahl, zurückgegangen, und die CDU hat noch dazu einige Prozente weniger als 2003. Christian Wulff kann weiterregieren, weil er in der niedersächsischen SPD eine klägliche Konkurrentin hatte. In Hessen wurde Roland Koch abgestraft, mit seinen Brutalo-Auftritten hatte er nicht den von ihm erwarteten Erfolg. Die SPD konnte sich dort wieder kräftigen, aber als strahlende Siegerin läßt sich Andrea Ypsilanti nun auch nicht gerade klassifizieren. Bemerkenswert ist, wie heftig die Grünen in ihren hessischen Hochburgen verloren haben - möglicherweise hat diese Partei ihre relativ erfolgreichen Zeiten hinter sich. Die Linkspartei, insoweit kann sie zufrieden sein, rückt in die Parlamente von zwei westdeutschen Flächenstaaten ein. In Hessen war ihr Ergebnis ziemlich mager; das wird auch daran gelegen haben, daß die SPD dort linke Töne bevorzugte. Solange die Linkspartei aber als möglicher "Kompensationsfaktor" bei zu mittigem Auftreten der SPD wahrgenommen wird, hat sie zu wenig nachhaltige Wirkung, auch wenn ihr in Niedersachsen jetzt eben diese Konstellation zugute gekommen ist. Langfristig wird, was die Linkspartei angeht, entscheidend sein, ob sich da eine eigenständige, von der jeweiligen Befindlichkeit der SPD unabhängige Kraft herausbildet, mit Verankerung in der politischen Kultur auch außerhalb von Wahlen und Parlamenten.

*Glosse vom 21. Januar 2008:*

## **Clement wieder parteipolitisch aktiv**

Von Marja Winken

**postscriptum** zur Glosse

➡ "Clement braucht die SPD nicht mehr" vom 21.12.2007

Hessens CDU-Ministerpräsident Roland Koch muß um seine Wiederwahl bangen - da kommt ihm ein prominentes SPD-Mitglied zur Hilfe: Wolfgang Clement rät öffentlich von der Wahl der hessischen Sozialdemokratie ab, weil diese an atomindustriellen Interessen herummäkelt. So etwas lässt der Berater eines Energiekonzerns nicht durchgehen, und deshalb steht nun die Spitzenkandidatin der SPD, vor der Roland Koch wegen ihres ausländischen Namens warnt, wahlpolitisch im Regen.

Eine Partei, die einen Wolfgang Clement zum Superpolitiker gemacht hat, braucht keine parteipolitischen Gegner mehr; den Schaden fügt sie sich selbst zu, nur für den Spott sorgen die anderen.

*Glosse vom 17. Januar 2008:*

## **Koch-Logik**

von SPE

Jetzt im Zweifel also auch der Kinderknast? Wenn es nach dem wahlkämpfenden (ach was: wahlkreischenden, wahlkriegsführenden) Roland Koch geht, soll das Jugendstrafrecht auch bei "Tätern" unter 14 Jahren Anwendung finden. Koch begründet seine Forderung mit einem angeblichen Anstieg kriminellen Verhaltens in dieser Altersgruppe, etwa bei Diebstählen. Und: Die zumeist ausländischen Eltern, so Koch, würden die Kinder dafür einsetzen.

Also: Eltern benutzen ihre Kinder, indem sie sie zu strafbaren Handlungen zwingen, deswegen müssen die Kinder abgeurteilt werden - eine neue Art politischer Logik...

**P.S.:** Roland Koch hat seine Forderung nach Ausweitung des Jugendstrafrechts und Herabsetzung der Strafmündigkeit mittlerweile relativiert. "Schnellschüsse" seien bei dem Thema nicht angebracht. Koch wird sich also, wenn er im Amt bestätigt werden sollte, bei der Umsetzung von Kinderknästen noch ein wenig Zeit lassen.

*Glosse vom 11. Januar 2008:*

## **Politisches Farbenspiel**

Von M.W.

In Hessen, Hamburg und Niedersachsen stehen Wahlen an, und die CDU dreht auf, Roland Koch vorneweg: Fremdartige Menschen wüten in deutschen U-Bahnen, da hilft nur Ausweisen oder Wegsperrern. Koch beansprucht für sich, "der akzeptierte Sprecher der schweigenden Mehrheit der Deutschen" zu sein, und Angela Merkel widerspricht ihm nicht. Die NPD gibt dem hessischen CDU-Spitzenmann Applaus. Soviel zu Schwarz und Braun.

Grün zeigt sich doppelbödig: Die CDU-Wahlkampagne, so SprecherInnen der grünen Partei, sei geprägt durch "hemmungslosen Rechtspopulismus". Da biete Rot(SPĐ)-Grün eine mögliche Alternative. Rot(Die Linke)-Rot(SPĐ)-Grün allerdings komme auf keinen Fall in Betracht. Ansonsten



sei, im Hinblick auf künftige Koalitionen, "nichts ausgeschlossen" (Reinhard Bütikofer). Und der Fraktionschef der Grünen in Bayern präzisiert: Er könne sich Bündnisverhandlungen seiner Partei mit der CDU/CSU nach der nächsten Bundestagswahl "durchaus vorstellen". In der Hansestadt wollen sich die Grünen nach der dortigen Wahl einem "Gesprächsangebot der CDU nicht verweigern". Schwarz-Grün bleibt also, über schon bestehende Koalitionen hinaus, eine Option.

*Glosse vom 21. Dezember 2007:*

## **Clement braucht die SPD nicht mehr**

Von Marja Winken

Eine Musterkarriere: Chefredakteur einer Hamburger Tageszeitung, Pressesprecher und Vizebundesgeschäftsführer der Partei, Staatskanzleichef, Minister und dann Ministerpräsident in NRW, schließlich "Superminister" in Berlin unter Gerhard Schröder - stets hochgelobt von der SPD, als "Spitzentalent". Die besagte Zeitung ging ein, die Partei verlor die von diesem Mann betreute Wahl, in NRW brach unter seiner Regie die sozialdemokratische Vormachtstellung weg, und als Bundesminister trug er wesentlich zum Vertrauensverlust der SPD bei.

Nun hat Wolfgang Clement seiner Partei gedroht: Er werde sie verlassen, wenn sie "weiter nach links schwenke", für "Lafontaine-rote Politik" sei er nicht zu haben. Clement ist in seinem politischen Ruhestand auf die Partei nicht mehr angewiesen. Er ist komfortabel beschäftigt mit Tätigkeiten in Aufsichtsräten (z.B. RWE) und unternehmerischen Stabsstellen.

Die SPD aber kann froh sein, wenn sie ihn tatsächlich los wird; wie kein anderer hat er mit arroganten Sprüchen die Hartz-Geschädigten vergrault. Und SPD-Mitglieder sollten vielleicht darüber nachdenken, was für sie aus dem politischen Lebenslauf des Wolfgang Clement zu lernen ist.

*Glosse vom 10. Dezember 2007:*

## **CDU jetzt planwirtschaftlich?**

Von AKL

Angela Merkel, so jetzt der FDP-Chef Guido Westerwelle zur *Frankfurter Rundschau*, lasse ihm "graue Haare wachsen", die CDU sei "auf dem Weg in die Planwirtschaft". Was mag diesen Schrecken ausgelöst haben - die Mindestlohnregelung für eine kleine Branche oder der Ausspruch der Kanzlerin, unfähige Spitzenmanager sollten nicht "mit Geld überschüttet werden"? Keine Sorge - die Unionsparteien werden dem großen Kapital nichts zuleide tun. Und die Warnungen aus Unternehmerkreisen, die CDU/CSU dürfe den Pfad der marktwirtschaftlichen Tugend nicht verlassen, sind nur ein kleines Geplänkel.

Die klugen Leute in den Konzernzentralen wissen recht gut, was sie an der regierenden Union und ihrer Kanzlerin haben. Ein bißchen Schelte auf "raffgierige" Exemplare in der Managerschaft irritiert da nicht wirklich; sie gehört zum politischen Geschäft, wenn's darum geht, auch sozial unzufriedene GeringverdienerInnen an die "Volkspartei" zu binden.

*Glosse vom 26. November 2007:*

## **Die Grünen sind sich wieder grün**

Von Marja Winken

Düstere Prognosen gab es vor dem Nürnberger Parteitag der Grünen: Die Partei werde auseinanderdriften, die jetzige Führung müsse sich warm anziehen, der beim Göttinger Parteitag aufgetretene Konflikt sei noch nicht ausgestanden... Aber der Parteitag verlief friedlich, und er wäre langweilig geworden, hätte es nicht den medienwirksamen Alleingang des sogenannten Finanzpolitikexperten Oswald Metzger gegeben. Der warnte kurz vor dem Grünentreffen vor jedem "Sozialballast", den die Partei fordern könnte, mit dem tiefschlagenden Argument, die vom Staat verwöhnten Arbeitslosen würden das Hartz-IV-Geld doch nur durch den Konsum von Kohlehydraten und Alkohol vor dem Fernseher vergeuden. Die Hochachtung vor Oswald als einem "Botschafter" der "Neuen Sozialen Marktwirtschaft" sitzt bei Grünen offenbar tief - denn trotz seines Brutalogeschwätzes bekam er von seinem Parteivorsitzenden Bütikofer nur die Empfehlung, er möge "nicht gehen (weg aus der Partei), sondern in sich gehen". Metzger ließ erst noch mal offen, ob er bei den Grünen bleiben oder zur CDU oder zur FDP gehen werde...

In Sachen Sozialpolitik folgte die Mehrheit der Delegierten dem Antrag der Parteiprominenz, die für Verbesserungen bei Hartz IV plädiert, jenem Gesetzeswerk also, das sie selbst in rot-grünen Regierungszeiten mit durchsetzte. 75 Euro pro Monat, so der Kern des Antrags, sollen Hartz-IV-EmpfängerInnen draufgezahlt bekommen. Daß bei alledem etliche große Zeitungen den grünen Parteitag als "Linkswende" werteten und eine "Abkehr von der Marktwirtschaft" beklagten, läßt sich nur als demagogischer Unfug abhaken. Die Parteivorsitzende Claudia Roth, die sonst eher blumig redet, äußerte sich in einem Punkt ganz klar: "Der Kurs der Grünen geht weiter hin zur Regierungsbeteiligung". Zusammen mit wem? Dazu Bütikofer: "Die schwarz-grüne Option bleibt offen". Der auffällig gewordene Oswald Metzger wußte (in einem Interview der "Neuen Westfälischen") einen profanen Grund für diese Offenheit: "Die Grünen sind dort stark, wo gut situierte bürgerliche Wählerschichten zu Hause sind". Diese MitbürgerInnen haben größtenteils nichts einzuwenden gegen Öko-Technologie, und sie sind auch nicht begeistert von der Überwachungsgier des Bundesinnenministeriums. Die Problemzone liegt vielmehr im Gesellschaftspolitischen; die Grünen sind nicht die Partei der sozial Bedrängten und Entrechteten. Es deutet auch nichts darauf hin, daß sie dies werden wollten oder könnten.

*Glosse vom 15. November 2007:*

## **Wend macht sich Gedanken übers Streikrecht**

Von M.W.

Der prominente ostwestfälische Sozialdemokrat Rainer Wend, MdB und wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD im Bundestag, kann sich wieder einmal über Aufmerksamkeit in den Medien freuen - durch Beschimpfung der Fahrpersonalgewerkschaft GDL. Die, so Wend, treibe "schamlosen Mißbrauch des Streikrechts", und angesichts dieser ruchlosen Tat sei zu erwarten, daß "über verfassungsrechtliche Änderungen" bei diesem Thema nachgedacht werde. Mit anderen Worten: Ins Auge gefaßt wird eine neue Normierung, die das Streikrecht weiter einschränkt. Tarifkonflikte, so meinen Rainer Wend und sein Unions-Kollege Laurenz Meyer, müßten "am Verhandlungstisch und nicht auf der Straße" (in diesem Fall: der Schiene) "gelöst" werden.

Wie die Konzernvorstände ohne Druckmittel und nur durch gutes Zureden von Gewerkschaftsvertretern oder Betriebsräten zu Zugeständnissen an die Arbeitnehmer gebracht werden sollen, ist ein Geheimnis des SPD-Abgeordneten Wend. Allerdings äußert sich dieser "gewerkschaftsfreundlich", indem er beklagt, die GDL störe das "einheitliche Vorgehen" auf der Arbeitnehmerseite. Eine "Sondergruppe" der Bahnbeschäftigten verfolge da ihre Interessen. Dieses wendige Argument wäre ernstzunehmen, wenn der SPD-Politiker sich kritisch auch mit der Frage auseinandersetzen würde, was denn von der Interessenvertretung durch die Gewerkschaft TRANSNET zu halten ist. Zudem könnte man erwarten, daß ein Sozialdemokrat seinen kritischen

Blick auch auf die Politik des Vorstands der Bahn AG richten würde. Das aber liegt dem Abgeordneten Wend fern. Er ist ja zuständig für Wirtschaftspolitik, und "die Wirtschaft", so erfahren wir es ständig in den Medien, ist identisch mit dem unternehmerischen Interesse. So betrachtet, da geht es in Rainer Wends Gedankengang plausibel zu, sind Streiks dann wirklich Störfälle.

*Glosse vom 10. November 2007:*

## **Telefonterror**

von U.U.

Dem Höchsten sei's gedankt: Seelenbesorgte Telefonate mit Geistlichen gehen den Staat weiterhin nichts an. Wer via Handy gegenüber seinem Beichtintimus eine Verfehlung einräumen möchte, den darf die Polizei dabei nicht registrieren und gebeichtete Daten nicht abspeichern. Denn kirchliche Berufsgeheimnisträger bleiben auch nach dem durch die Große Koalition beschlossenen *Gesetz zur Neureglung der Telekommunikationsüberwachung (TKÜG)* unbehelligt.

Darüber hinaus soll fortan aber alles verdachtslos abgespeichert und registriert werden können, was an hochpersönlichen Daten durch den Äther schwirrt. "Vorratsdatenspeicherung" ist der technische Begriff für die staatliche Lauschwütigkeit. Die Opposition im Bundestag spricht von einer ganz neuen Überwachungsqualität und einer ernsthaften Gefahr für die Demokratie. Hingewiesen wird etwa darauf, dass Gespräche zwischen Anwälten und Mandanten nicht in die Verfügung von anonymen Behörden gehören oder dass vertrauliche Kontakte zwischen Journalisten und Informanten erst gar nicht mehr zustande kommen könnten.

Wer in solchen überwachten Zeiten dennoch eine ganz private Botschaft mitteilen möchte, dem hilft vielleicht nur noch ein himmlischer Datenübermittler - die verschwiegene Brieftaube.

*Glosse vom 04. November 2007:*

## **Geschäftstüchtiger Zorn**

von SPE

"Diese Egoisten, die nur an sich selbst denken, müssen von der Öffentlichkeit zur Räson gebracht werden", erzürnte sich Rainer Wend, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, über das Nein der Lokführergewerkschaft (GDL) zum letzten Tarifangebot der Bahn. Wend, ein konsequenter Verfechter der Bahn-Privatisierungspolitik, dürfte sich noch erregter zeigen, wenn die GDL - jetzt durch ein Urteil des Chemnitzer Arbeitsgerichts bestärkt - demnächst ihre Streikaktivitäten auf den Güter- und dann möglicherweise auf den Fernverkehr ausweitet.

Wenn Lokführer sich streikend gegen unregelmäßige 12-Stunden-Schichten, Arbeit an Wochenenden, hunderte von (nie abgefeierten) Überstunden bei nicht einmal 2000 Euro monatlichem Nettogehalt stemmen - was kann eigentlich einen so genannten Sozialdemokraten daran stören? Heutzutage alles. Denn die totale Ökonomisierung von öffentlichen Dienstleistungen ist der parteienübergreifende Imperativ, dem sich alle Sonderinteressen, und seien es die der großen Mehrheit, unterzuordnen haben. Aufmüpfigkeit behindert nur das reibungslose Business. Und eben dem redet der tüchtige Wend das Wort. Politik, das haben die SPD-Oberen verinnerlicht, ist eben auch nur ein Geschäft.

Den Kritikern eines solchen Politikverständnisses gilt der Wend'sche Zorn.

Glosse vom 25. Oktober 2007:

## Gerechtigkeit überhaupt

Von Urs Umtrieb

Rolf Dressler, Redakteur des "Westfälischen Volksblattes", hält den Begriff "soziale Gerechtigkeit" für eine "Alles-und-nichts-Floskel". Benutzt würde diese von jeder Partei und noch vom letzten Hinterbänkler, und zwar zu Propagandazwecken. Da würden dann, so Dressler, unberechtigte Neidvorstellungen ärmerer gegenüber reicheren Bevölkerungsteilen politisch instrumentalisiert. Um solche Ärgernisse zu vermeiden, empfiehlt Dressler die Verwendung des christlichen Gerechtigkeitsbegriffs, der ohne das vorangestellte "sozial" auskomme und sich "von sich heraus" und "ganz natürlich" erkläre.

Eine kurze Erklärung des Selbstverständlichen kann aber vielleicht trotzdem nicht schaden? Eine treffliche Kennzeichnung der ursprünglichen christlichen Gerechtigkeitsvorstellung hat die Sozialdemokratin Rosa Luxemburg geliefert, einen noch nicht bekehrten Zeitgenossen der ersten christlichen Gemeinden zitierend: "Diese Leute hängen nicht am Vermögen, sie predigen Gemeinbesitz, keiner von ihnen besitzt mehr als der andere. Wer ihrem Orden beitreten will, bringt sein Vermögen als Gemeineigentum ein. Deswegen herrscht unter ihnen weder Armut noch Luxus." Und Luxemburg führt weiter dazu aus: "Das Geld kam in eine Gemeinschaftskasse und ein Mitglied der Gemeinde, das für dieses Amt ernannt worden war, teilte das kollektive Vermögen unter alle auf. Unter den frühen Christen wurde der Kommunismus so weit getrieben, das auch wirklich alles Gemeineigentum war. Die Familie wurde aufgehoben, alle christlichen Familien in einer Stadt bildeten eine einzige große Familie." (*R. Luxemburg: Der Sozialismus und die Kirchen, Krakau 1905*)

Sollten die Politiker nun, im Sinne Dresslers und Luxemburgs, besser von "kommunistischer Gerechtigkeit" (bedeutungsgleich mit "christlicher Gerechtigkeit" oder "Gerechtigkeit überhaupt") sprechen? - Da würden sich doch ganz neue Perspektiven auftun...

Glosse vom 15. Oktober 2007:

## Ein Verwirrexperte

Von M.W.

Der SPD-Vorsitzende Beck, um Sympathie bei den Agenda-Geschädigten bemüht, hat bei Hartz IV eine kleine Reparatur im Sinn: Ältere Arbeitslose sollen das ALG I ein Weilchen länger bekommen.

Der Bielefelder SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Wend hält davon nichts. "Soziale Gerechtigkeit", so sagt er dem "Westfalen-Blatt", dürfe nicht bedeuten, "daß möglichst lange hohe staatliche Transferleistungen gewährt werden". Der Staat solle sein Geld besser "vorsorgend" ausgeben und nicht für "Nachsorge", also Qualifizierung usw. finanzieren. Rainer Wend, als Jurist ausgebildet, gilt als Wirtschaftsexperte der SPD. In Ausübung dieser Eigenschaft ist er offenbar zu folgender Rechnung gekommen: Wenn der Staat in die Frühphase des Arbeitslebens investiert, dann kann er sich Leistungen in der Spätphase ersparen. Wenden wir dies einmal auf ProfipolitikerInnen an: Wenn der Staat hinreichend Mittel für die politische Bildung des parteiarbeitenden Nachwuchses einsetzt, dann braucht er aus dem Parlament ausscheidenden Abgeordneten nur noch ein ganz bescheidenes Pensiönchen zu zahlen, nachdem sie arbeitslos geworden sind.

Da wären dann manche BerufspolitikerInnen dumm dran, es sei denn, sie hätten Vorsorge getroffen und sich auf einen Job in der privaten Wirtschaft vorbereitet, einen Aufsichtsratsposten in der Versicherungsbranche zum Beispiel.

*Glosse vom 08. Oktober 2007:*

## **Eine Basisdemokratin**

Von P.S.

Renate Künast, seit langem eine Spitzenfrau der grünen Partei, unter Schröder Bundesministerin, derzeit Fraktionschefin im Bundestag, kann mit Sympathie bei den Menschen rechnen, die couragiertes Auftreten in der Politik zu würdigen wissen. Zur Zeit hat sie ein Problem: Der Parteitag der Grünen jüngst in Göttingen hat mehrheitlich den weiteren Einsatz von Bundeswehr-Tornados in Afghanistan abgelehnt, aber eine solche Positionierung war von den Parteioberen her nicht gewünscht. Was nun - und wie sollen die grünen MdBs sich bei der Abstimmung über die Regierungsvorlage in dieser Sache verhalten? Die "Frankfurter Rundschau" hat Renate Künast zu dieser "Führungskrise" ihrer Partei befragt, und die wusste, wie man die Kuh vom Eis bekommt: "Wichtigste Aufgabe ist jetzt, daß Führung und Fachleute dafür sorgen, daß wir auf dem nächsten Parteitag einen inhaltlich überzeugenden Beschluß gemeinsam tragen... Daß die Führungsebene Vorschläge macht, die von der Basis nicht angenommen werden, darf sich nicht regelmäßig wiederholen, das würde uns aus der Bahn werfen." Nicht geschickt genug war sie also, die "Führungsebene", und mit Hilfe entsprechender Experten wird sie es demnächst gewiß besser hinbekommen, die Parteibasis auf ihr Konzept einzuschwören. Zu diesem Zweck hält Renate Künast auch eine Forderung bereit, die Harmonie bei den Grünen stiften soll: "Wir werden verlangen, daß die Kanzlerin ihrer Pflicht nachkommt und sich in Afghanistan selbst über die Arbeit der zivilen Helfer und Soldaten informiert." Ja Donnerschlag - wenn Angela Merkel erst einmal Besuch vor Ort macht, dann wird sich auch am Hindukusch alles zum Besseren wenden...

Renate Künast, über die Berliner "Alternative Liste" einst in die Politik gekommen, ist gelernte Basisdemokratin. Aber eine politische Karriere bringt, das versteht sich, weitere Lerneffekte hervor, neue Einsichten. Etwa bei der Frage, wie stellt man Mitglieder und Delegierte einer Partei ruhig. Vor "puren Oppositionsreflexen", meinte Renate Künast, könne sie ihre Grünen "nur warnen", mit denen komme eine Partei nicht wieder ins Regieren.

Renate Künast, das hat sie mal Reportern erzählt, liebt Zimmerpflanzen. Das gilt, nehmen wir an, nicht nur fürs Privatleben.

*Glosse vom 03. Oktober 2007:*

## **Fischers Mahnworte**

von SPE

Die grüne Basis hat sich bei ihrem letzten Sonderparteitag mehrheitlich gegen die Fortsetzung deutscher Tornadoeinsätze in Afghanistan ausgesprochen, nicht gegen die Verlängerung des "Afghanistan-Mandats", also den deutschen Militäreinsatz dort insgesamt. Recht übertrieben wirken daher die Jubelrufe vereinzelter Altlinker in der Partei, die schon von einem "historischen Richtungswechsel" oder gar einer Neubesinnung der Grünen auf "pazifistische Wurzeln" sprechen.

Dennoch zeigt sich der Ex-Übervater der Grünen, Joseph Fischer, über einen "Linksruck" seiner Partei sehr besorgt. "Links": Das bedeutet für den zum Superrealo mutierten ehemaligen "revolutionären Kämpfer" jedes Abweichen von der rot-grünen Agenda-Politik oder Skepsis gegenüber deutschen Militäreinsätzen. "Im Gegenteil, wir müssten viel mehr machen", mahnt Fischer. Und: "Wenn die Grünen glauben, sie könnten zu einem linken Protestprofil zurück, ohne einen heftigen Preis dafür zu zahlen, täuschen sie sich."

Fischer hat bei seinen eindringlichen Ratschlägen die zutiefst bürgerliche (und protestscheue) jetzige Wählerschaft der Grünen im Blick. Bei den Grünen, so Fischer, hätten sich die "linken Wähler schon seit längerem verabschiedet". Rücke die Partei nun wieder in Richtung links, schmälere dies in Besorgnis erregender Weise deren "Wettchancen" zu einer grünen Regierungsbeteiligung im Anschluss an die Große Koalition.

Ganz uneigennützig werden die Mahnworte des Princeton-er Gastprofessors Fischer vielleicht nicht geäußert worden sein. Denn was eine mögliche grüne Regierungsbeteiligung angeht: Droht da im Erfolgsfall etwa jemand mit seinem bundespolitischen Comeback?

PS.: Fischer hat jetzt bei der Buchvorstellung seiner Memoiren eine Rückkehr in die Politik definitiv ausgeschlossen. Beschränken wir uns also darauf, die legendären Turnschuhe des ehemaligen hessischen Umweltministers im Museum zu besichtigen.

*Glosse vom 24. September 2007:*

## **Ein Linksruck?**

Von AKL

Da sage noch einer, die neue Linkspartei sei wirkungslos - sie bringt offenbar Effekte hervor, allerdings auf dem Papier, und zwar nicht dem eigenen. "SPD wieder linker", berichtet die Neue Westfälische. Gemeint ist der schnell zustandegebrachte neueste Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm dieser Partei. Darin ist, anders als in dem bisherigen Entwurf, der "demokratische Sozialismus" als Vision für die gesellschaftliche Zukunft gewürdigt, und selbst die "marxistische Gesellschaftsanalyse" kommt zu Ehren. Die "Modernisierer", so schreibt die NW, kämen mit ihren Vorstellungen "nur noch am Rande vor", von den "Regierungserfahrungen" der SPD (Agenda 2010) sei nicht mehr viel zu verspüren. Im Programmentwurf, wohlgemerkt, und Papier ist geduldig. Offenbar gehen Grundsatzformulierungen der Parteien heute aus der politischen Marktbeobachtung hervor, und sie zielen auf die Werbebotschaft ab, nicht auf überprüfbare Inhalte. Den mündigen Bürgerinnen und Bürgern, von denen die Parteien so gern sprechen, wäre besser gedient mit anderen programmatischen Texten, in denen zu lesen sein sollte:

Welche gesellschaftlichen Probleme will die Partei wie lösen? Auf wen will sie sich dabei stützen - mit welchen Gegenkräften hat sie zu rechnen? Welche Ziele hat die Partei in ihrer politischen Praxis erreicht, wo blieb sie erfolglos und woran kann das gelegen haben? Was also will die Partei nun anders machen?

Mit solchen "Zielvereinbarungen" wird heutzutage in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gearbeitet - warum nicht in der Kommunikation zwischen den Parteien und ihrem "Volk"?

Parteipolitische Schaumschlägerei mit programmatisch daherkommenden Reizworten ist der Grund dafür, daß immer mehr Menschen das Zutrauen in den Parteienbetrieb verloren haben.

Der "visionäre Sozialismus" übrigens wird die Herren der Wirtschaft, die gesellschaftspolitisch den Ton angeben, nicht sonderlich abschrecken. Sie werden ein bißchen über die "Rückfälligkeit" der SPD lamentieren (oder in ihrer Presse lamentieren lassen), aber dabei mit den Augen zwinkern.

*Glosse vom 11. September 2007:*

## **Die SPD gesundbeten?**

Von Peter Söhren

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ottmar Schreiner, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der Partei, hat zum sozialdemokratischen Kurswechsel aufgefördert, zum Bruch mit der unter Gerhard Schröder eingeleiteten Agenda-Politik. Die Berliner Redakteurin der *Neuen Westfälischen*, Alexandra Jacobson, kommentiert dies als "absurd", als Ausdruck einer "verquerten Weltsicht". Der jetzigen SPD-Politik sei es doch gerade zu verdanken, daß die Wirtschaftskonjunktur in Schwung gekommen und die Arbeitslosigkeit um eine Million zurückgegangen sei. Und sie läßt sich per Interview diese Einschätzung von dem Bielefelder SPD-MdB Rainer Wend bestätigen. Lassen wir den Genossenstreit in der SPD hier beiseite, ebenso die

Frage, was denn ausgerechnet die *Frankfurter Allgemeine* dazu motiviert haben mag, dem "Altlinken" Schreiner in ihren Spalten Platz zu geben - es bestehen recht stichhaltige Gründe dafür, an einen "Erfolg" jener Politik, die von der SPD seit der Regierung Schröder betrieben wird, nicht zu glauben. Und es sind Massen von Menschen, die in den letzten Jahren als WählerInnen oder Mitglieder der SPD von diesem Glauben abgefallen sind, gewiß nicht, weil sie zu "Absurditäten" neigen, sondern aufgrund lebenspraktischer Erfahrungen. Wirtschaftskonjunktoren kommen und gehen, zu prüfen ist, wessen Existenzbedingungen sie verbessern. Beschäftigungszahlen geben als solche noch keine Auskunft über Lebenslagen. Wenn immer mehr ArbeitnehmerInnen von ihrem Lohn nicht leben können, bietet ihnen die schönste propagandistische Statistik keinen Trost. Der Gedanke, daß man die Politik einer Partei, der die Menschen weglaufen, dann doch mal kritisch betrachten müßte, hat etwas Plausibles.

*Glosse vom 04. September 2007:*

## **Neosozialdemokratische Vorsorge**

von SPE

Die Sozialdemokratie: Stimme des "kleinen Mannes"? Politischer Arm von Arbeitern und Angestellten? Vertreterin der Ausgebeuteten und Unterdrückten? - Das alles ist jetzt Schnee von gestern. Nicht mehr "auf der Höhe der Zeit".

In solcher Höhe wollen sich die Schröderisten in der SPD, namentlich Matthias Platzeck, Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier nun aufhalten. Ungeachtet dessen, dass schon der Schröder-Freund Tony Blair mit seinem "New Labor"-Projekt die englische Arbeiterpartei in den sozialen Bankrott getrieben hatte, versprechen sich die SPD-Oberen dennoch von einer "neuen Sozialdemokratie" die richtigen Weichenstellungen für das 21. Jahrhundert.

Neosozialdemokratisch wird der "überkommene Sozialstaat" nun explizit verabschiedet. An seine Stelle tritt der "vorsorgende Sozialstaat". Er soll "präventiv" per "Bildungskapital" in "Humanfaktoren" rentabel investieren, damit Wettbewerbschancen genutzt werden. Nutzen die Humanfaktoren solche Chancen nicht (aus welchen abwegigen Gründen auch immer), dann sind die negativen Folgen für den "individuellen Aufstieg" "durchaus gerecht". Für eine trotz "Vorsorgepolitik" entstandene prekäre Lebenslage ist die Neosozialdemokratie in keinem Falle mehr zuständig.

Der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter, selbst SPD-Mitglied seit 1972, hat die Stoßrichtung der Neosozialdemokratie so zusammengefasst: "Der technokratisch unterfütterte vorsorgende Sozialstaat begreift Menschen als Material, als Produktionsfaktoren, in die man rentabilitätsorientiert investieren muss. (...) Kultur, Autonomie, Eigensinn, die Freiheit zum Nein - all dies kommt bei den Ideologen des vorsorgenden Sozialstaats in der Sozialdemokratie auf der "Höhe der Zeit" substanziiell nicht mehr vor." (*Spiegel online*, 04.09.2007)

Die unbedingte Pflicht zur erfolgreichen Chancenerfüllung bei Strafe des persönlichen Untergangs (und die wird sehr viele und nicht nur ältere Menschen treffen) bestimmt die Marschrichtung des normierenden Vorsorge- bzw. Wettbewerbsstaates. Leistung, Wettbewerb, individueller Auf- oder Abstieg - würde man solche Schlagwörter nicht eher bei einer Partei ansiedeln, die sich "liberal" nennt? Oder christdemokratisch, oder grün - es ist eigentlich egal.

*Glosse vom 02. September 2007:*

## **Der Kleingarten bringt's**

Von Marja Winken

Was er bringt? Eine Lösung für die Notlagen von Arbeitslosen, endlich. Dank des Ideenreichtums eines prominenten deutschen Wissenschaftlers, des Politologieprofessors Herfried Münkler in Berlin, der sich gedanklich in der Hauptsache in den Höhen neuer Imperien aufhält, nun aber in die sozialen

Niederungen hinabgestiegen ist. In seiner Kolumne für die "Frankfurter Rundschau" äußert Münkler Ärger darüber, daß in Sachen Hartz IV über "eine Erhöhung von Geldzuwendungen" nachgedacht wird, daß sich "einmal mehr Forderungen an den Staat" richten. Er weiß eine andere Problemlösung: "Kostenlose Bereitstellung von Schrebergärten oder Gartenstücken an Arbeitslose", damit diese dort Obst und Gemüse anbauen, so ihren Hunger stillen und noch dazu des "Empfindens der Nutzlosigkeit" sich entledigen können. Feinsinnigerweise bringt die "Frankfurter Rundschau" diesen bahnbrechenden Vorschlag unter dem Titel "Der Mensch lebt nicht vom Brot allein".

Bleibt nur noch zu klären, woher die Arbeitslosen die pachtfreien Gartenflächen nehmen und wie sie, ohne Kosten zu verursachen, sich dort hin und wieder zurück begeben sollen. Aber mit solchen Kleinigkeiten kann Münkler, der zur wissenschaftlichen Spitze gezählt wird, ja eine wissenschaftliche Hilfskraft an seinem Lehrstuhl beschäftigen; er selbst ist zuständig für die großen Entwürfe und gut honorierten publizistischen Nebentätigkeiten, denn wissenschaftliche Exzellenz lebt nicht vom Gehalt allein.

*Glosse vom 12. August 2007:*

## **Seltsame Linksparteilichkeit**

Von Peter Söhren

Das Magazin "Der Spiegel", eine Art Fachorgan für politische Halbbildung, hat den Europaabgeordneten und (laut "Spiegel") "Vordenker der Linken" André Brie interviewt, und dieser wußte Verblüffendes über seine eigene Partei zu berichten, der er auf dem Wege über die PDS zugewachsen ist.

Die Linkspartei, so Brie, praktiziere leider "schablonenhaftes Schwarz-Weiß-Denken" und sei "in Gefahr, eine reine Protestpartei zu werden". Oskar Lafontaine führe bedauerlicherweise die eigenen Genossen "in eine radikale Feindschaft zur SPD". Sogar "uralte bolschewistische Machtpolitik" sieht Brie bei den eigenen Leuten heraufkommen - weil in Dresden Linksparteiler es nicht hinnehmen wollten, daß Stadträte ihrer Partei dem Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft an Privatunternehmen zustimmen. Unwohl ist Brie bei Anti-Hartz-Demonstrationen, denn bei denen könne man beobachten, wie sie innerhalb von Minuten von Links nach rechts kippen".

Wie weit liegen Straßburg und Brüssel von der deutschen Wirklichkeit entfernt, daß ein "Vordenker" zu solchen Eindrücken kommen kann? Da wäre Nachdenken besser am Platz - darüber, ob das Verlangen nach Koalitionsfähigkeit Linkspartei-Mandatäre dazu verleiten könnte, auf Opposition zu verzichten, den Protest im Stich zu lassen, sich der SPD-Führung anzupassen und den Ausverkauf sozialstaatlicher Errungenschaften zu dulden.

Übrigens: Daß linke Demonstrationen gegen die Verhartzerei "nach rechts hin umkippen", haben wir nicht beobachtet. Wohl aber, daß Neofaschisten sich mit sozialer Demagogie aufwerten wollen. Die Linke würde dem Raum geben, wenn sie ihrerseits sozialen Protest unterließe.

*Glosse vom 27. Juli 2007:*

## **Ein Heilsbringer für die SPD?**

Von Marja Winken

Die SPD-Manager sind derzeit dabei zu beobachten, wie sie einem nur mäßig interessierten Publikum politische Lockerungsübungen vorführen, die auch bei wohlwollendem Blick eher als Verrenkungen erscheinen.

Hubertus Heil, der Generalsekretär der Partei, "lockere jetzt den strikten Abgrenzungskurs gegenüber der Linkspartei", berichten die Zeitungen. Er "verurteile" diese linke Konkurrenz "nicht mehr pauschal",



denn bei der seien "vernünftige Leute im Osten" zu finden, die "mitgestalten" wollten. Allerdings hätten sich der Linkspartei "Westler angeflanscht", die deren Politik "um 20 Jahre zurückwerfen" möchten. Heil meint damit die zur Linkspartei gestoßenen WASGler, die der SPD den Rücken gekehrt haben mit dem Vorwurf, sozialdemokratisch sei sie nicht mehr, und die an dem Widerspruch zur Politik der Sozialdemontage und Privatisierung bisher öffentlicher Güter festhalten wollen. Das stört naheliegenderweise Kalkulationen der SPD-Spitze. Die zielt für den Fall, daß es im Bund mit der CDU/CSU nicht mehr funktioniert, eine Koalition mit der FDP und vielleicht auch den Grünen an, aber dabei möchte sie längerfristig eine andere Option im Spiel halten, das (tatsächliche oder auch nur angedrohte) Regierungsbündnis mit einer "vernünftig" gewordenen Linkspartei. Die Berliner Stadtkoalition verweist ja auf eine solche Möglichkeit, auch auf den Vorteil, den die SPD daraus ziehen kann. Und unterstellt wird in diesem Zusammenhang eine Grundneigung beim Profi-Politpersonal, beim Regieren dabei zu sein und Ämter zu besetzen.

Hubertus Heil setzt auf die Vergeßlichkeit des Publikums - noch vor kurzem waren es die "SED-Traditionalisten aus dem Osten", vor denen der SPD-Apparat in Sachen Linkspartei warnte. Nun sind sozialdemokratisch denkende Ex-SPDler im Westen die Bösewichter.

Machttaktik ist es, der die kläglichen turnerischen Vorführungen des Generalsekretärs entspringen. Dieser ist offenbar nicht in der Lage, die Gründe für den drastischen Mitglieder- und Vertrauensverlust seiner Partei auch nur zu begreifen. Politisches Heil wird aus einem solchen Management der SPD nicht entstehen, eher das exakte Gegenteil.

*Glosse vom 23. Juli 2007:*

## **Diplomatisch oder dummdreist?**

Von Peter Söhren

"Wer vom Frieden profitiert, muß ihn sichern" - so die Schlagzeile der *Neuen Westfälischen* zu einem Interview, das die Zeitung in ihrer Bielefelder Redaktion mit William R. Timken, dem Botschafter der USA in der Bundesrepublik geführt hat. Der legt mehr Unterstützung Deutschlands für die US-Militäraktionen in Afghanistan und insbesondere im Irak nahe und meint:

*"Keiner darf glauben, der amerikanische Steuerzahler wäre damit einverstanden, wenn nur unsere Soldaten unter Lebensgefahr den Frieden der Welt sicherten. Wer von dem Frieden profitiert, muß sich auch an seiner Sicherung beteiligen."*

William R. Timken ist kein professioneller Diplomat, sondern Großunternehmer; Botschafter wurde er, weil seine großzügige Spende seinerzeit zum Wahlerfolg von George W. Bush beitrug.

Aber muß er deshalb das deutsche Publikum für dumm verkaufen? Hält er es für diplomatisch, die mörderischen Verhältnisse, die infolge militärischer Zugriffe unter US-Regie im Irak und inzwischen auch in Afghanistan herrschen, als "Frieden" zu bezeichnen? Und wen hat er im Sinn, wenn er auf den Profit verweist, der aus dieser "Friedenssicherung" entstehe?

Die Masse der US-amerikanischen "Steuerzahler" jedenfalls ist es nicht, die aus dieser Kriegspolitik Nutzen zieht, und ihr wäre auch nicht damit gedient, daß die deutschen Steuerzahler für die Finanzierung noch stärkeren militärischen Einsatzes noch mehr zur Kasse gebeten würden.

Die NW-Schlagzeile läßt sich variieren; sie könnte heißen: "Wer vom Unfrieden profitiert, muß ihn als Frieden etikettieren". Und dann absahnen. Beim umworbenen Steuerzahler.

Glosse vom 13. Juli 2007:

## Deal mit dem Höllenhund

von SPE

"Sozial und wirtschaftlich verantwortungsvoll" soll der Verkauf der gewerkschaftseigenen Wohnsiedlung in Hannover an New Yorks größten Finanzinvestor "Cerberus" zum Preis von einer Milliarde Euro abgewickelt worden sein. - Soweit die Sozialrhetorik der Gewerkschaft.

Doch "Cerberus" - wen wundert's? - hatte nach dem Erwerb vor zwei Jahren nichts Eiligeres zu tun, als den Mietern 20-prozentige Mieterhöhungen aufzudrücken und den "besseren" Wohnungsbestand des Komplexes erst zu zerlegen, dann gewinnbringend zu verscherbeln. Wie das ARD-Magazin "Monitor" berichtet, schieben viele Mieter in den verbliebenen "schlechten" (weniger profitablen) Wohnungen jetzt Doppelschichten, um die Mieten noch bezahlen zu können. Aus ihrer Gewerkschaft sind sie umgehend ausgetreten: Denn die hatte es nicht einmal für nötig befunden, sie über den Milliardendeal zu informieren.

Sollte die gewerkschaftliche Vermögensverwaltung etwa nicht geahnt haben, was mit den Gebäuden des ehemaligen "Sozialen Wohnungsbaus" geschehen würde? Das mag niemand glauben, hätte doch schon ein kurzer Blick in Dantes "Göttliche Komödie" gereicht:

*"Ein Untier, wild und seltsam, Cerberus,  
Bellt, wie ein böser Hund, aus dreien Kehlen  
Jedweden an, der dort hinunter muß. [...]"*

*Der große Höllenvurm, der uns ersehen,  
Riß auf die Rachen, zeigt uns ihr Gebiß  
Und ließ kein Glied am Leibe stillestehen."*

Glosse vom 09. Juli 2007:

## Gerechtigkeits-Steinbrück

von Marja Winken

Die SPD hat es zur Zeit nicht leicht. Die Umfragewerte sind weiter abgesackt, und der Parteivorsitzende Kurt Beck ist als Anwärter auf eine künftige Kanzlerkandidatur schon ziemlich verschlissen. Da müssen andere Spitzenkräfte ran - vielleicht ist der Außenminister Franz-Walter Steinmeier dazu geeignet, demnächst mit Angela Merkel zu konkurrieren? Oder der Finanzminister Peer Steinbrück? Der macht sich schon Gedanken darüber, wie seiner Partei programmatisch wieder auf die Beine zu helfen ist; das Thema "Soziale Gerechtigkeit" sei dafür passend, sagte er dem Gewerkschaftsblatt "kompakt". Allerdings müsse die Definition dafür zeitgemäß sein, und eine solche gab er in rhetorischer Fragestellung vor:

*"Ist es sozial gerecht, daß jemand in der Addition von Transferleistungen mehr Einkommen haben kann als jemand, der malocht?"*

Transfereinkünfte - das sind Zahlungen, die ein Mensch erhält, ohne daß er dafür Arbeitskraft einsetzt oder Waren liefert. Couponschneidende Aktienbesitzer zum Beispiel erhalten, wenn es an der Börse gut läuft, Transfereinkünfte. Die wird Steinbrück aber nicht gemeint haben, im Blick hat er vielmehr öffentliche Transferzahlungen, also Arbeitslosengelder, Renten, Kindergelder u.ä.m.

Wir können demnach seine Frage präzisieren:

Ist es sozial gerecht, daß ein nicht mehr amtierender, aber sehr wohl arbeitsfähiger Minister auf Staatskosten weitaus besser leben kann als ein Malocher, der demnächst bis 67 schuften muß?

Genau dieses Gerechtigkeitsdefizit wird unser Spitzensozialdemokrat gemeint haben. Endlich mal einer in der SPD, der die Dinge auf den Punkt bringt, oder sollten wir Steinbrücks Satz falsch ausgelegt haben?

*Glosse vom 25. Juni 2007:*

## **Dauerwahlkampf**

von SPE

Werden wir jetzt einen zweijährigen Dauerwahlkampf der SPD erleiden müssen? Wenn es nach Franz Müntefering, Peter Struck oder Kurt Beck geht offenbar ja. Denn die SPD-Spitze sieht ihr Profil in der Großen Koalition schwinden, was man angesichts ihrer Politik ja auch verstehen kann.

Zielscheiben wahlkämpferischen Pfeilabschießens sind die CDU, insbesondere die Gipfel-Kanzlerin Angela Merkel, und dann die Linkspartei. An Merkel bemängelt wird ihre defizitäre Führungskompetenz als Regierungschefin; sodann soll sie jetzt - nach europa- und gar weltpolitischen Verhandlungs"erfolgen" - "innenpolitisch entlarvt" werden. Was die Innenpolitik anbelangt: Da ist der SPD zu wünschen, dass die Merkel-Entlarvung nicht zur Selbstenttarnung gerät. Rente mit 67, Steuergeschenke an Großkonzerne, fortgesetzte Verschärfungen bei Hartz IV, Mindestlohn-Minimalkompromiss - das alles trägt doch "sozial"demokratische Handschrift. Und was hat die SPD an der Linkspartei auszusetzen? - Einfach alles. Populisten seien da am Werk, wird geschimpft, Himmelauf-Erden-Versprecher, Pseudo-Linke, die der Sozialdemokratie den schönen Begriff "Sozialismus" streitig machen wollen. Letztere Besorgnis ist aber wohl unberechtigt, denn den Begriff hat die SPD doch längst schon historisch entsorgt.

Und dann sind da noch die gemeinen Vorführ-Attacken seitens des Linkspartei- (und Ex-SPD-) Chefs Oskar Lafontaine. Nicht nur, dass dieser vor kurzem einen SPD-Text zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns als Antrag in den Bundestag eingebracht hatte, der von der SPD-Fraktion fast einstimmig abgelehnt wurde. Jetzt bietet Lafontaine der SPD auch noch eine Koalition inklusive der Wahl Kurt Becks zum Bundeskanzler an. "Das Angebot ist lächerlich!" zeigt sich Peter Struck bestürzt. - Wir teilen diese Bestürzung, denn die geballte rheinland-pfälzische Power mögen wir uns im Kanzleramt dann doch nicht vorstellen.

Der Bundestagswahlkampf 2009 hat also begonnen. Leicht wird er für die SPD ganz sicher nicht werden, aber sehr langwierig.

*Glosse vom 24. Juni 2007:*

## **Guido auf dem Horrortrip**

von Marja Winken

Ein streitbarer Prediger im Paderborner Umkreis, so erzählt mir eine Bekannte, habe jüngst beim Gottesdienst Klage erhoben: Gegen die roten, nach der Macht langenden Volksvertreter und den "Sozialneid", der ihnen, von den Gewerkschaften geschürt, die Menschen zutriebe. Nun ist es ja legitim, wenn jemand keinen Gefallen daran findet, daß laut FORSA die neu zusammengeschlossene Linkspartei 12 Prozent Anteil an der WählerInnengunst auf sich zieht, aber muß unser wackerer Protestant deshalb in solche Ängste und Aggressionen verfallen? Und woher mögen sie ihm zugekommen sein? Gewiss nicht aus eigener Beobachtung der gesellschaftlichen Realität, denn aus der läßt sich erkennen, daß soziale Schieflagen sich hierzulande massiv ausbreiten, die Gewerkschaften nur mühsam dagegen ankämpfen können und die Linkspartei Zuspruch bekommt, weil sie - eher moderat - Protest gegen soziale Demontage anmeldet.

Also wird der erwähnte Prediger wohl für bare Münze genommen haben, was einige Tage zuvor ein prominenter Politiker seinem Parteitag und dem Medienpublikum in künstlicher Erregung vorgeflunkert

hat: Deutschland stünde jetzt vor der Entscheidung - Sozialneid und sozialistischer Umsturz oder Leistung und Freiheit; Linkspartei oder FDP. 87,6 Prozent der Parteitagsdelegierten haben nach solchen Vorführungen Guido Westerwelle in seinem Amt als Parteivorsitzender bestätigt, aber - das sei dem eingangs erwähnten heimischen Pfarrer zur Mäßigung gesagt - ganz sicher nicht, weil sie sämtlich diesen Guido-Horror ernst nehmen würden, sondern weil sie daran gewöhnt sind, dass Politiker Märchen erzählen, manchmal auch gruselige. Zweckgerichtet sind solche Geschichten allerdings: Da die FDP realistischere nicht erwartet, daß die wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, denen die Konzerne das Fell über die Ohren ziehen, der "Freiheitsstatue" Westerwelle zuläuft, möchte sie wenigstens demagogisch den Weg zur Linkspartei versperren. Als Koalitionspartnerin für die FDP kommt diese Partei, vorerst jedenfalls, nicht in Betracht, was sie von SPD, CDU/CSU und Grünen unterscheidet.

*Glosse vom 10. Juni 2007:*

## **Gipfel der Bekundungen**

von SPE

Der G8-Gipfel ist vorüber und die beteiligten Weltregenten sind des Lobes über sich voll. Kanzlerin Merkel feiert einen "Durchbruch" in der Klimapolitik; ein neuer "Kalter Krieg" zwischen den USA und Russland soll abgewendet worden zu sein; beim Kampf gegen Aids wurden Hilfen versprochen. - Ja versprochen! Denn mehr als ein Bekundungsgipfel war die Veranstaltung in Heiligendamm nicht. Schauen wir uns einige der "Ergebnisse" an:

"Klimadurchbruch": Er sieht die Halbierung des weltweiten Ausstoßes klimakillender Treibhausgase bis zum Jahre 2050 vor. Frau Merkel ist dann 96, George W. Bush kann seinen 104. Geburtstag feiern - ob die Dame und der Herr sich dann noch an ihre historischen Absichtserklärungen erinnern werden? Die Bank ist jedenfalls sehr lang, auf die die Klimawandelverhinderungspolitik geschoben wurde.

"Kalter Krieg": Militärpolitisch soll sich eine Annäherung zwischen den USA und Russland beim Thema des US-Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien vollzogen haben. Doch kaum ist das G8-Treffen vorüber, bekräftigt der amerikanische Präsident beim anschließenden Polenbesuch, dass er unbeirrt an seinen Rüstungsplänen festhalten will.

"Hilfen gegen Aids": Leider vermisst man irgendwelche konkreten Finanzausgaben der G8-Staaten. Und hochprofitable Pharmakonzerne halten weiterhin die Patente auf Herstellung wirksamer Medikamente. Das Ziel des universellen Zugangs zu Prävention, Behandlung und Pflege bleibt eine Utopie - und das Massensterben Realität.

Heiligendamm - ein Erfolg? Ja, rhetorisch.

*Glosse vom 02. Juni 2007:*

## **Abgeriegelt**

von SPE

Existentialistische Autoren haben Ihre Leser immer wieder in geschlossene Räume, in Orte unter Quarantänebedingungen, in Belagerungszustände geführt. Dort wurden sinnentleerte Monologe geführt, Verzweiflungstaten gehörten zum Alltag, der Tod lauerte überall. Und die Hoffnung auf ein besseres Leben schien sich endgültig verflüchtigt zu haben.

Im mecklenburgischen Heiligendamm, beim diesjährigen Treffen der acht mächtigsten Staatsführer der Welt, ist ein monumentales Bauwerk zu besichtigen: Ein 14 Kilometer langer Zaun, höher als die einstige DDR-Grenzbefestigung, verstärkt mit messerscharfem Euro-Stacheldraht und zig-tausenden

bis an die Zähne bewaffneten Sicherheitskräften dichtet das 200-Seelen-Dorf großräumig gegen die Außenwelt hermetisch ab. Niemand kommt da hinein, niemand heraus.

Wir wollen unterstellen, dass die immerhin demokratisch gewählten Staatenlenker, die in Heiligendamm unter sich über so etwas wie die Zukunft des Globus plaudern, gern einmal das Wahlvolk aus einiger Nähe gesehen, ein paar Worte gewechselt, ein Lächeln geschenkt hätten. Aber Kontaktaufnahme ist ausgeschlossen, die "Weltregenten" (dazu sind sie nicht gewählt, nicht legitimiert) treffen sich im Hochsicherheitstrakt, sie sperren sich selbst ein. Sie werden ihre Gründe dafür haben.

Einer der Gipfelteilnehmer, später einmal dazu befragt, wie es in Deutschland war, wird vielleicht mit solchen Sätzen antworten: "Es wurde sehr guter Wild-Kaviar serviert, die mecklenburgische Liebe zu Pflaumen ist markant, erstaunlicher Artenreichtum an Ostsee-Möwen." Ein existentialistischer Unsinn-Monolog eben, hoffnungslos, sinnlos.

*Glosse vom 23. Mai 2007:*

## **Jagd auf Defaitisten?**

von AKL

Um das gleich klarzustellen: Zur Oskar-Fangemeinde gehöre ich nicht. So manches, was der Politiker Lafontaine gesagt hat, war nicht dazu angetan, meine Zustimmung zu erzeugen. Aber wo Oskar Lafontaine Recht hat, hat er Recht. Angesichts des offiziellen Trauerzeremoniells für die in Afghanistan getöteten deutschen Soldaten hat er auf einen Zusammenhang hingewiesen: Durch den Tornado-Einsatz sei dort "die Bundeswehr mittelbar in terroristische Aktionen verwickelt." Terrorismus sei es, nach eigener Definition des Deutschen Bundestages, "rechtswidrige Gewalt anzuwenden, um politische Belange durchzusetzen". Und eben dies praktiziere das US-Militär in Afghanistan, dem der Einsatz deutscher Kriegsflugzeuge zur Hilfe komme. Der Leitsatz, am Hindukusch werde die Bundesrepublik verteidigt, sei vollkommen töricht.

Darf ein Politiker so etwas sagen? Nein, ereifern sich Sprecher von CDU/CSU/SPD/FDP und Grünen. "Verantwortungslos" sei das, "unmoralisch", "charakterlos". Und die BILD-Zeitung heult auf, Lafontaine habe die Mütter der toten deutschen Soldaten beleidigt.

Heuchlerischer geht's nicht. Die PolitikerInnen und Medienleute, die auf Lafontaine zeigen und rufen "Jagd ihn - er ist ein Defaitist", haben - wenn sie einigermaßen bei Verstand sind - längst selbst Zweifel an den US-geführten militärischen Operationen in Afghanistan. Ihre Durchhalteparolen dienen dazu, sich aus der Verantwortung davonzustehlen. Und die Soldatenmütter sollen dazu dienen, Kritik an der deutschen Militärpolitik in Mißkredit zu bringen. Mit ihnen wird das betrieben, was die grüne Politikerin Renate Künast dem linksparteilichen Konkurrenten Lafontaine in dieser Sache - zu Unrecht - vorgeworfen hat: Schindluder.

Inzwischen sind es laut EMNID 68 Prozent der deutschen Bevölkerung, die den Militäreinsatz in Afghanistan ablehnen. Und da greifen schwarz-rosa-geld-grüne PolitikerInnen zu einem Mittel, das aus schwarzweißrot-braunen Zeiten stammt; sie klagen "Wehrkraftzersetzer" moralisch an. Die toten Soldaten können sich dagegen nicht mehr wehren.

*Glosse vom 11. Mai 2007:*

## **"Toller Service und gute Küche" - Becks "Spargelrede"**

von SPE

Markus Söder, Edmund Stoibers Pitt Bull Terrier ohne jede Beißhemmung, hat kürzlich Kurt Beck so beschrieben: Beck verwechsle "Winzer- mit Weltpolitik." - Gut gebellt, Söder! Denn in der Tat:

landwirtschaftliche Themen scheinen dem bodenständigen Beck als rheinland-pfälzischem Landesvater am ehesten zu liegen. - Ob es nun um Weinanbau oder Spargelsorten geht, hier ist Beck thematisch zu Hause. Einen neuerlichen Beleg für diese fachliche Ausrichtung lieferte Beck in seinem Redebeitrag auf der "MS Paloma" bei der diesjährigen "Spargelfahrt" auf dem Wannsee, zu der traditionell der konservative Seeheimer Kreis der SPD einlädt.

Beck redet. Nach dem obligatorischen Lob für die Leistungen der SPD in der Großen Koalition, kommt er auf den dargereichten Spargel zu sprechen. Das ist sehr naheliegend, wenn 500 geladene Sozialdemokraten mit dem Verzehr des Stangengemüses beschäftigt sind. Beck wendet sich - ein Redehöhepunkt - an das Küchenpersonal: Sein Dank gilt den Spargelschälern für ihre gute Arbeit ("Eine tolle Sache, ein toller Service und eine gute Küche"). Er lobt außerdem all diejenigen, die "alles so schön hergerichtet haben". Jetzt wird es zum Erstaunen der Zuhörer sogar politisch: "Alle, die meinen, dass man uns irgendwann köpfen könnte wie einen Spargel, die irren." - Sehr kühn! Es soll in der Rede später auch noch um Wein gegangen sein. Trotz des gewagten Vergleichs (Spargelköpfe - Sozialdemokratenköpfe) fällt der Applaus insgesamt sehr sparsam aus.

Nicht erst seit der "Spargelrede" zweifeln immer mehr SPD-Politiker an Becks Eignung als künftiger SPD-Kanzlerkandidat. Diese Einschätzung hat sicher viele gute Gründe für sich. Dramatisch wäre ein Ausscheiden Becks aus diesem Rennen wohl nicht. Der Rheinland-Pfälzer muss am Ende ja keineswegs leer ausgehen: ihm bleibt ja zum Beispiel noch die Kür zum Winzerkönig.

Apropos: Kurt Beck ist der derzeitige Vorsitzende der SPD.

*Glosse vom 24. April 2007:*

## **FDP-NRW mit neuem Außenanstrich**

*von Marja Winken*

Unsoziale Politik wolle sie sich "nicht länger vorwerfen lassen", verkündete jetzt die nordrheinwestfälische FDP auf ihrem Landesparteitag und mischte ein bißchen Rosa in ihr Politvokabular - "liberal" reime sich doch auf "sozial". Die neuen Ideen: Ein "Bürgergeld", wobei unter diesem wohlklingenden Namen die bisherigen Sozialleistungen zusammengefaßt und auf "wirklich Bedürftige" begrenzt werden sollen; dabei müsse der "nötige Abstand zu Einkünften aus Erwerbsarbeit" gesichert werden. Von Mindestlohn und Kündigungsschutz aber hält die FDP gar nichts, so dass man, wenn's nach der FDP geht, mit folgendem zu rechnen hat: Das Lohnniveau geht weiter runter, das Niveau des "Bürgergeldes" ebenfalls - Abstand muß sein. Die Versicherung sozialer Risiken soll nach dem Willen der Freidemokraten zur Pflicht gemacht werden - was auch wieder fürsorglich klingt; aber gleichzeitig soll Schritt für Schritt das gesamte System der sozialen Sicherung, einschließlich der Rente, in die Hände privater Versicherungsunternehmen übergeben werden. Schluß ist dann mit dem sozialen Ausgleich und mit allen Non-Profit-Konstruktionen, die in Zeiten des Sozialstaats entwickelt wurden - freie Bahn für das pure Geschäftsinteresse: Muß ich dieses neue Rosa in der FDP-Fassade nun auch noch als "sozial" bewundern? Wer an der Farbe ein wenig kratzt, stößt auf die Grundsubstanz: Da kommt eine parteipolitische Lobby für die Versicherungswirtschaft zum Vorschein.

*Glosse vom 24. April 2007:*

## **FDP-NRW mit neuem Außenanstrich**

*von Marja Winken*

Unsoziale Politik wolle sie sich "nicht länger vorwerfen lassen", verkündete jetzt die nordrheinwestfälische FDP auf ihrem Landesparteitag und mischte ein bißchen Rosa in ihr Politvokabular - "liberal" reime sich doch auf "sozial". Die neuen Ideen: Ein "Bürgergeld", wobei unter diesem wohlklingenden Namen die bisherigen Sozialleistungen zusammengefaßt und auf "wirklich

Bedürftige" begrenzt werden sollen; dabei müsse der "nötige Abstand zu Einkünften aus Erwerbsarbeit" gesichert werden. Von Mindestlohn und Kündigungsschutz aber hält die FDP gar nichts, so dass man, wenn's nach der FDP geht, mit folgendem zu rechnen hat: Das Lohnniveau geht weiter runter, das Niveau des "Bürgergeldes" ebenfalls - Abstand muß sein. Die Versicherung sozialer Risiken soll nach dem Willen der Freidemokraten zur Pflicht gemacht werden - was auch wieder fürsorglich klingt; aber gleichzeitig soll Schritt für Schritt das gesamte System der sozialen Sicherung, einschließlich der Rente, in die Hände privater Versicherungsunternehmen übergeben werden. Schluß ist dann mit dem sozialen Ausgleich und mit allen Non-Profit-Konstruktionen, die in Zeiten des Sozialstaats entwickelt wurden - freie Bahn für das pure Geschäftsinteresse: Muß ich dieses neue Rosa in der FDP-Fassade nun auch noch als "sozial" bewundern? Wer an der Farbe ein wenig kratzt, stößt auf die Grundsubstanz: Da kommt eine parteipolitische Lobby für die Versicherungswirtschaft zum Vorschein.

*Glosse vom 17. April 2007:*

## **Wahr? Stimmig? Gültig?**

Andächtig hält im Lokalzeitungsbild der Paderborner Bischof Hans-Josef Becker einen Vorabdruck des neuen Jesus-Buches von Josef Ratzinger bzw. Benedikt XVI. in die Kameras, in dem er "schon einmal geblättert" habe. Becker hat prompt in dem flüchtig angelesenen Buch "offen gelegte" Wahrheiten über Jesus gefunden. Entsprechend legt Becker nahe, der Auffassung Ratzingers zu folgen, dass man dem Jesusbild in den kirchenoffiziellen Evangelien ruhig vertrauen könne, da es sich dort um eine "sinnvolle und stimmige Figur" handle. (Sinnvoll und stimmig? - Ob solche säkularen Begriffe nicht Zweifel wecken können?) Bestechend sei auch der "souveräne und streng logische" Schreibstil von Ratzinger/Benedikt (früher hätte man dafür den heute nicht mehr so recht marktfähigen Begriff "scholastisch" verwendet).

Aber weder wollen wir Beckers buchgläubige Haltung kritisieren, noch dem nunmehr 2000 jährigen Streit um ein adäquates Jesusverständnis einen weiteren historisch-kritischen Beitrag hinzufügen. Wir möchten nur unserer leichten Irritation Ausdruck geben: Als was sollen wir nun Ratzingers Werk lesen: Als ein für allemal geltende Wahrheit? Oder als plausible Hypothese?

Übrigens: Die "kanonische Exegese", die vor 30 Jahren in den USA von protestantischen Theologen entwickelt wurde und die Ratzinger in seinem Buch stark macht, behauptet, dass ein Textkanon in seiner "Endgestalt", allein weil diese für eine Glaubensgemeinschaft zu einer bestimmten Zeit als annehmbar gilt, deshalb schon als authentisch bzw. "gültig" zu betrachten sei. Zum einen wird damit der jeweiligen Autorität der kirchlichen Deutung das Wort geredet, zum anderen kann man "Jesus" zuletzt auch als eine "nützliche Fiktion" ansehen, unabhängig von dessen historischer Existenz.

von SPE

*Glosse vom 01. April 2007:*

## **Schöne neue Sociovision**

Von Marja Winken

Soziale Klassen, das weiß man ja, gibt es in unserer Gesellschaft nicht. Denn gäbe es sie, könnten Machtinteressen dabei mitspielen, wirtschaftliche Herrschafts- oder gar Ausbeutungsstrukturen, also allerlei unschöne Erscheinungen. Aber auf irgendeine Weise muß in die durchaus nicht egalitäre soziale Wirklichkeit gedanklich Ordnung gebracht werden, und da bietet sich das Modell der Schichtung an. Gewöhnt sind wir daran, von Ober-, Mittel- und Unterschicht zu sprechen. So ganz gefällig hört sich auch das nicht an, der SPD-Vorsitzende Kurt Beck hat neulich schlechte Erfahrungen mit seinem Reden über eine Unterschicht gemacht. Die einen meinten, Unterschichtsangehörige könnten beleidigt sein, wenn sie so genannt werden; andere warnten, die Unterscheidung von unten und oben könne Unzufriedenheit schüren bei denen in der Tiefenlage. Nun stellt uns die "Frankfurter

Rundschau" ein weniger stressiges Konzept für die gedankliche Dreiteilung der Gesellschaft vor, das aus dem Sinus-Institut für "Sociovision" stammt: Im ersten Drittel tummeln sich "Konsum- und Spaßorientierte", "aufs Hier und Jetzt ausgerichtete Hedonisten", "Konsum-Materialisten", ältere "Traditionsverwurzelte" und "DDR-Nostalgiker". Im zweiten Drittel ist die materiell abgesicherte "Bürgerliche Mitte" zu finden, neben ihr eine "neue Bohème", die "Experimentalisten". Und im dritten Drittel sind "moderne Reformer" (eine "flexible Leistungselite"), "kosmopolitisch-liberale Postmaterielle" (durchaus "konsumkritisch"), "selbstbewußte Etablierte mit Exklusivitätsanspruch" und "bildungsbürgerlich-wohlhabende Konservative" angesiedelt, die sich "nach unten abgrenzen".

Aber warum ist diese Vielfalt dargestellt? Irgendwie muß das doch wohl etwas mit Unterschieden bei Einkommen und Vermögen zu tun haben. Allerdings sind solche profanen Ungleichheiten nun nicht mehr so ärgerlich: Wer kaum Schotter hat, kann dennoch "konsum-materialistisch" fühlen; wer arbeitslos ist, kann sich aufs "Hedonistische" verlegen; wer mit der Rente nicht auskommt, kann in der "Traditionsverwurzelung" Ausgleich finden; und Niedriglöhner haben auch ihre Kompensation: die "DDR-Nostalgie". Kein Grund mehr, niederen Klasseninstinkten Raum zu geben.

*Glosse vom 22. März 2007:*

## **Sicherheitsbedürfnis**

von P.S.

Bei einem zweitägigen Deutschlandbesuch nahm der afghanische Staatspräsident Hamid Karsai in Bochum den Steiger-Preis entgegen (merkwürdigerweise für besondere Leistungen in Sachen Toleranz) und steht damit nun in einer Ehrenreihe u.a. mit Franz Beckenbauer und der Schah-Witwe Fara Diba. Anschließend sprach er in Berlin mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel und rühmte die Entsendung deutscher Tornados nach Afghanistan als "bedeutsamen Beitrag zur Sicherheit". Aber wessen Sicherheit? Daß Präsident Karsai selbst, der über seine Beratertätigkeit für den US-Konzern Unocal und dank guter Verbindungen zur CIA zum Staatsmann wurde, in seinem Sicherheitsbedürfnis nicht saturiert ist, leuchtet ein. Laut einer Umfrage von Integrity Watch hält eine große Mehrheit der Afghanen die jetzige Regierung dort für korrupter als die zu Talibanzeiten und die Zustände im Land für noch schlimmer als unter der sowjetischen Besatzung...

"Am Hindukusch", so sagen die Berliner Regierungspolitiker, und deshalb auch die Tornados, werde Deutschlands Sicherheit verteidigt. Da kann man nur hoffen, daß nicht demnächst Menschen "vom Hindukusch" auf die Idee kommen, ihre Sicherheit an den deutschen Alpen zu verteidigen.

*Glosse vom 11. März 2007:*

## **Der "NRW-Tag 2007" in Paderborn...**

...wurde jetzt zur Motivationsbremse für die hiesige Junge Union. Bei der Mammutveranstaltung in der Innenstadt, wo 400 Kommunen aus NRW ihre wirtschaftlichen und kulturtraditionellen Schokoladenseiten zeigen wollen, darf sich die Junge Union nicht engagieren. Sehr gern hätten deren Mitglieder an diesem Tag über "ihre Arbeit informiert" und "junge Besucher betreut". - Aber Pustekuchen! Sowohl die Stadt Paderborn als auch die Düsseldorfer Staatskanzlei, die für das Megaevent verantwortlich sind, haben eine "helfende" Betätigung der Nachwuchskonservativen mit der Begründung abgelehnt, dass man ja dann allen Parteien und Initiativen, die bei der letzten Kommunalwahl teilgenommen hätten, die Mitwirkung gestatten müsste. (Das hätte deren Protestphantasie sicher auf unangenehme Weise befügelt.)

Doch die verordnete politische Enthaltbarkeit mag einen Trost vielleicht in dem Umstand finden, dass beim "NRW-Tag" das komplette CDU-FDP-Landeskabinett inklusive des CDU-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers medienwirksam vertreten ist. - Und da wird dann schon für die ausreichende Parteireklame im Sinne der Jungen Union gesorgt werden.

von SPE



*Glosse vom 07. März 2007:*

## **Gesinnung strafbar?**

von AKL

In der Bundesrepublik ist ein Diskurs unter politischen Prominenten und unter Meinungsmachern aufgekommen, den es so gar nicht geben könnte, wenn diese die Grundsätze unserer Verfassung und unseres Rechtsstaates verinnerlicht hätten. Den Anlass dazu boten Meinungsäußerungen des wegen RAF-Terrorismus seit 24 Jahren in Haft befindlichen Christian Klar, bei dem jetzt oder demnächst zur Entscheidung ansteht, ob er Hafterleichterungen und später Straferlaß oder auch eine Begnadigung erhalten soll. Es gibt rechtsstaatliche Regeln, nach denen hierbei zu verfahren ist. Nun hat aber Christian Klar vor einigen Wochen seine Ansichten über den Kapitalismus öffentlich gemacht, nicht gerade in einer analytischen Weise, eher emotional, und daraus geht hervor, daß er dieses Gesellschaftssystem für sozial zerstörerisch hält und meint, es solle einer anderen Zukunft weichen. Von der "Kraft zu kämpfen" (gegen den Kapitalismus) ist bei Klar die Rede. Keineswegs davon, daß dies durch Mord und Totschlag geschehen solle. Äußerungen gleichen Inhalts sind bei zahllosen Menschen zu finden, in aller Welt. Strafbar sind sie nicht, und es läßt sich aus ihnen auch nicht schlußfolgern, daß damit kriminelle Handlungen propagiert oder angekündigt würden. Ob die Klar'sche Auffassung, der Kapitalismus stünde kurz vor seiner weltweiten Niederlage, etwas mit der Realität zu tun hat, steht auf einem anderen Blatt; aber auch illusionäre Einschätzungen der gesellschaftlichen Konfliktlage sind nicht strafbar. Das alles hat keinen sensationellen Charakter.

Den allerdings haben Reaktionen auf die Äußerungen von Klar. Um nur einige zu nennen:

Wer so über den Kapitalismus denke, dürfe "nie auf freien Fuß kommen", müsse "bis ans Ende seiner Tage hinter Schloß und Riegel bleiben", erklärte der CSU-Generalsekretär Markus Söder. Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber pflichtete dem bei. Dessen vermutlicher Nachfolger Günther Beckstein ergänzte, solcherart Kapitalismuskritik könne nur "ein unverbesserlicher Terrorist" im Sinne haben. Ähnliches brachten auch außerbayerische Politiker vor - bis in die Reihen der FDP und der SPD kam der Aufschrei: "Jetzt keine Gnade mehr für Klar". Und das "Westfalen-Blatt" wußte gar zu berichten, die Abgeordneten der Linken im Bundestag (von denen einige die oben genannten Stellungnahmen kritisieren) verspürten "ihrerseits Neigungen zur RAF".

Zu befürchten ist, daß dieser ganze Empörungsturm nicht dem Weltbild des Christian Klar gilt, vielmehr soll die Gelegenheit genutzt werden, dem Kapitalismus die höhere Weihe eines alleinseligmachenden Gesellschaftssystems zu verschaffen - und wer sich dazu nicht bekennen möchte, gehört in den Knast.

*Glosse vom 23. Februar 2007:*

## **Bischöfliche Konfusion**

von SPE

Kapitalismus - Sozialismus: manchmal sind sie nicht zu unterscheiden. Jedenfalls dann nicht, wenn man der Argumentation des Augsburger Bischofs Walter Mixa folgt. Der hat jetzt mit scharfen Worten die Familienpolitik von Bundesministerin Ursula von der Leyen kritisiert. Deren "sozialistisch" zu nennendes Vorhaben, die Krippenplätze in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2013 zu verdreifachen, erinnere, so Mixa, "an die Ideologie der staatlichen Fremdbetreuung von Kindern in der DDR." Und Mixa weiter: "Da herrschen immer noch die alten sozialistischen Vorstellungen, die von der neuen Familienministerin jetzt mit dem Etikett 'christdemokratisch' geadelt werden." Andererseits sei die Politik der Familienministerin als radikalkapitalistisch einzustufen, denn die neuen Kinderkrippen seien "vorrangig darauf ausgerichtet, junge Frauen als Arbeitskräfte-Reserve für die Industrie zu rekrutieren".

Welch ein Durcheinander! Mit sozialistischen Mitteln soll ein marktradikales Projekt durchgesetzt

werden, veranstaltet von einer christlichen Demokratin. - Wer blickt da noch durch?

Könnte es sein, dass es sich bei den Angriffen von Mixa, der auch katholischer deutscher Militärbischof ist, um verzweifelte Abwehrkämpfe eines christlichen Fundamentalisten (schon wieder ein Ismus) handelt, der vor lauter katholischer Familienromantik die Gegenwart mit ihren vielfältigen Lebensentwürfen nicht mehr begreift und sich nun in den ideologischen Frontverläufen verirrt?

*Glosse vom 06. Februar 2007:*

## **Feuer und Wasser**

von AKL

Die *Frankfurter Rundschau* stellt das neue Buch des ehemals führenden CDU-Politikers Norbert Blüm vor und betitelt diese Rezension so:

*"Marktradikalismus und christliche Soziallehre sind wie Feuer und Wasser".*

Die Formulierung erinnert an einen historischen Meinungs austausch, bei dem es allerdings entschiedener zugeht. In den Gründerzeiten der Sozialdemokratie hatte August Bebel die These vertreten, Sozialismus und Christentum vertrügen sich nicht miteinander, und daraufhin stellte der Paderborner katholische Priester und Sozialwissenschaftler Wilhelm Hohoff (1848-1923) den Satz auf:

*"Nicht Sozialismus und Christentum, sondern Kapitalismus und Christentum stehen einander gegenüber wie Feuer und Wasser".*

Eine Aussage, die heutzutage und hierzulande eher Erstaunen auslöst - des Nachdenkens wert ist sie nicht weniger als zu Zeiten des "roten Hohoff", dessen Grab auf dem Paderborner Ostfriedhof zu finden ist.

*Rezension in der Frankfurter Rundschau vom 06.02.2007:*

## **Marktradikalismus und christliche Soziallehre sind wie Feuer und Wasser**

*Buchbesprechung zu Norbert Blüms Kritik des Homo oeconomicus*

VON ACHIM TRUGER

Die wirtschafts- und sozialpolitische Debatte hat sich im vergangenen Jahr erkennbar verändert. Die marktradikalen Reformappelle werden leiser. Angesichts explodierender Unternehmensgewinne und einer immer schiefen Einkommensverteilung ist sogar wieder so etwas wie eine breiter angelegte Gerechtigkeitsdebatte entflammt.

In dieser Debatte hat sich nun auch der CDU-Politiker Norbert Blüm mit einer spritzig formulierten Streitschrift zu Wort gemeldet. Sie wendet sich gegen das Vordringen des "Homo oeconomicus" - die radikale Vermarktlichung aller Sphären des Lebens - und die dahinter stehende Ideologie. Stattdessen solle die Gerechtigkeit wieder ins Zentrum aller gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Bestrebungen rücken.

Dass sich gerade Norbert Blüm so vehement gegen den marktradikalen Zeitgeist stemmt, ist bemerkenswert. Schließlich gehörte er als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung von 1982 bis 1998 der schwarz-gelben Regierung von Helmut Kohl an. Gerade diese Regierung hatte sich einem stark marktwirtschaftlich-angebotspolitischen Kurs verschrieben. Blüm selbst setzte dabei so manchen Sozialabbau durch. Aber offensichtlich hat das, was seit einigen Jahren in Wirtschaft und Politik passiert, für ihn eine unerträgliche neue Qualität erreicht.

Blüm hält denn auch nicht hinter dem Berg damit, wie sehr ihm die Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit gegen den Strich gehen: Ob es nun um die Privatisierung der Rentenversicherung, die zunehmende Dominanz der Finanzmärkte, die fortschreitende Flexibilisierung der Arbeitswelt, den Sozialabbau und die immer größere soziale Ungleichheit geht, überall findet er deutliche Worte der Kritik. Dabei schreckt er auch vor heftigen - zum Teil sogar persönlichen - Angriffen nicht zurück: So geißelt Norbert Blüm den Gerechtigkeitsbegriff im Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogramms als "neoliberale Mimikry". Wenig Gnade finden selbst die Äußerungen der katholischen Bischöfe zur Gerechtigkeitsfrage.

Josef Ackermann watscht er besonders heftig ab: Die Überlegung, ob es sich bei dem Deutsche-Bank-Chef um einen harmlosen oder zynischen Menschen handele, sei vergleichbar mit der Frage, "ob ein Kapitän harmlos ist, der in Gefahr das Frachtgut rettet und die Matrosen absaufen lässt". Manche Leser mögen diesen Stil goutieren, auf andere mag er eher befremdlich wirken. Es ist Geschmackssache.

Kritisch anzumerken ist, dass nicht jedes vom Autor angeführte Zahlenbeispiel aussagekräftig ist. Spitzfindige Anhänger der Kunstfigur des "Homo oeconomicus" werden sich ohne große Mühe gegen einige von Blüms kritischen Einwänden verteidigen können. Allerdings bietet sein Werk auch mehr als eine Generalabrechnung mit der aktuellen Politik. So arbeitet er die Unterschiede zwischen Ordoliberalismus und marktradikalem Neoliberalismus heraus. Schließlich wendet sich der Ex-Minister auch der aktuellen Debatte über die Reform der Sozialversicherung zu. Vehement und klar führt er starke Argumente für die grundsätzliche Beibehaltung der beitragsfinanzierten gesetzlichen Sozialversicherung und gegen weitere Privatisierungen an.

Die größte Leistung des Buches besteht aber in dem überzeugend geführten Nachweis, dass sich die Dogmen des Marktradikalismus schlicht und einfach nicht mit dem Gerechtigkeitsbegriff der christlichen Soziallehre vertragen. Ähnlich wie neben ihm auch Heiner Geißler berührt Blüm damit einen wunden Punkt im Selbstverständnis der beiden Parteien, die das "C" im Namen führen. Hatten sich diese doch vor nicht allzu langer Zeit noch für marktradikale Reformen ausgesprochen. Dafür kann man getrost die etwas zu trocken geratenen Ausführungen zum Gerechtigkeitsbegriff im ersten Drittel des Buches in Kauf nehmen - zumal man bei Fortsetzung der Lektüre reich entschädigt wird. Norbert Blüms neues Buch ist ein wichtiger und lesenswerter Beitrag zu einer zweifellos notwendigen gesellschaftlichen Debatte.

*Glosse vom 26. Januar 2007:*

## **Richtigstellungen**

von SPE

Auch Klaus Brandner, Gütersloher SPD-Arbeitsmarktexperte, möchte - wie zuvor schon Clement und Müntefering - den Begriff "Hartz-Gesetze" nicht mehr verwendet wissen. Stattdessen empfiehlt er die amtlich korrekte Bezeichnung "Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt". Zugleich nimmt Brandner die "in Verruf geratene Person Hartz" in Schutz und fügt hinzu: "Inhalte sind wichtig und nicht die Verpackung."

Zwar werden wir die Bezeichnung "Hartz-Gesetze" weiterhin verwenden (da weiß doch jeder sofort, was die Stunde geschlagen hat, auch sind die Protest-Transparente längst fertig beschrieben). Wir stimmen Brandner bei der Inschutznahme von Ex-VW-Personalchef Peter Hartz aber zu. Der hat es nämlich nicht verdient, wegen der Sozialdemontagepolitik der etablierten Parteien als Person allein "in Verruf" gebracht zu werden. Bei der konsequenten Fortentwicklung dieser Politik hat zum Beispiel Brandner das weitaus größere "Verdienst". Hier ist Verteilungsgerechtigkeit - bezogen auf die öffentliche Benennung der Akteure - angesagt.

-----  
P.S.: Jetzt hat sich auch der SPD-Fraktionschef Peter Struck zu diesem Thema zu Wort gemeldet: *"Berlin (dpa). Der Begriff „Hartz“ sollte nach Ansicht von SPD-Bundestagsfraktionschef Peter Struck*

nicht mehr für die Arbeitsmarktreform verwendet werden. „Der Begriff ist diskriminierend“, sagte Struck mit Blick auf die Verurteilung von Hartz.“ - Wenn doch nur ein annähernd ausgeprägtes Mitempfinden mit den Leidtragenden der Hartz-Gesetze zu verzeichnen wäre!

Glosse vom 19. Januar 2007:

## Partnerschaft

von M.W.

Die Hartz-Gesetze, empfehlen die Politiker, sollen in Zukunft nicht einmal mehr so genannte Hartz-Gesetze heißen - der Name passt nicht mehr, nachdem der Erfinder dieses Reformwerkes in die Mühlen der Justiz geraten ist. Das Urteil in dem Prozeß gegen ihn ist in den nächsten Tagen zu erwarten, und es wird vermutlich gnädig ausfallen, denn der Beschuldigte und die Justiz sind partnerschaftlich miteinander umgegangen. Vorweg ausgehandelt wurde eine zur Bewährung auszusetzende Haftstrafe und die Zahlung von 300.000 Euro, für die Veruntreuung von 2,6 Millionen Euro. Peter Hartz wird die Geldbuße verkraften können; sein Monatsgehalt betrug 25.000 Euro und sein Privatvermögen gibt er mit 2,7 Millionen Euro an.

Persönliches Fehlverhalten und nun auch noch ein für das gemeine Volk etwas ärgerlicher Deal mit der Staatsanwaltschaft - so der Tenor der Medienkommentare. Aber war es das? Aufmerksamkeit verdient das "Systemische" an diesem Fall: Da wird ein Bilderbuch-Aufsteiger zum Personalchef und 2. Spitzenmann bei einem Riesenkonzern, und damit die Belegschaft sich schön partnerschaftlich verhält, der mächtige Betriebsratsvorsitzende "nicht trotzig" wird (so der Hartz-Verteidiger im Prozeß), fließen ein paar Millionen Pflegegeld, als Belohnung für das Co-Management. Das funktioniert so reibungslos, dass ein sozialdemokratischer Kanzler den VW-Personalchef zum Mitregenten im Feld der Sozialpolitik macht, mit durchschlagender Wirkung bei der Demontage von Sozialstaatlichkeit. Und nur ein dummer Zufall führt dazu, dass diese weitverzweigte Partnerschaft der Öffentlichkeit nicht mehr zuzumuten ist...

"Der Name Hartz steht nicht nur für Armut per Gesetz, sondern auch für Doppelmoral in dieser Gesellschaft" - sagt die linke Bundestagsabgeordnete Katja Kipping (wir werden sie demnächst in Paderborn beim Linken Forum hören). Da können wir ihr nicht widersprechen.

Glosse vom 23. Dezember 2006:

## Ein Musterknabe

von M.W.

Ihren Parteivorsitzenden argumentativ folgend, haben Volker Kauder (Unions-Fraktionschef im Bundestag) und Hubertus Heil (SPD-Generalsekretär) zum Jahreswechsel den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes die Leviten gelesen: Der Wille zum sozialen Aufstieg müsse lebhafter werden, so manche/r sei noch gelähmt durch falsche Hoffnungen auf den Gabentisch des Sozialstaates.

Dabei gibt es doch immer wieder Vorbilder für die angemahnten Kletterkünste, und über eines derselben konnte die Presse jetzt berichten: Matthias Berninger, derzeit noch Landesvorsitzender der hessischen Grünen und wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Partei im Bundestag, wird seine politischen Ämter hinter sich lassen und als Manager bei "Masterfoods" in Brüssel einsteigen, einer europäischen Tochterfirma des US-amerikanischen Nahrungsmittelkonzerns Mars Inc. Berninger ist ein fixer Junge, als 23-jähriger ist er 1994 in das Parlament und damit in die Profipolitik eingerückt, und dabei kam ihm, eigener Aussage nach, vor allem "die Liebe für Zahlen" zugute. Eben diese Neigung wird gewiß auch bei dem nun anstehenden Jobwechsel mitgewirkt haben. Ein weiterer Aufstieg, und das in jungen Jahren - Berninger hat da nicht so lange gebraucht wie der ostwestfälische SPD-Vorsitzende Axel Horstmann, der neulich, schon ziemlich betagt, Manager eines

Energiekonzerns wurde.

Allerdings hat der grüne Musterknabe, der seiner Partei bei der Annäherung an Union und FDP Nachhilfe leistete und sich als "ökoliberal" versteht, auch spezifische Sachkenntnisse für seine neue Tätigkeit vorzuweisen. Als Staatssekretär im Verbraucherschutzministerium unter Renate Künast kämpfte er gegen den fatalen Hang Jugendlicher zur Dickleibigkeit an. Da ist er demnächst bei dem weltweit größten Hersteller von süßen Riegeln (Mars, Twix, Bounty, Milkyway, Snickers etc.) am richtigen Platz: Auf der Schokoladenseite.

*Glosse vom 14. Dezember 2006:*

## **Trostpreis**

von SPE

*"Nachdem schon so berühmte Forscher wie Friedrich von Hayek (1974) oder Milton Friedman (1976) ausgezeichnet worden sind, wurde der Nobelpreis für Wirtschaft in diesem Jahr an Mohammad Yunus aus Bangladesch verliehen..."*

Das war leider nirgendwo zu lesen. Denn zum Wirtschafts-Nobelpreis hat es für Mohammad Yunus, den Begründer der *Grameen Bank*, nicht gereicht. Zum Trost bekam er immerhin den Nobelpreis in der Sparte Frieden. Seine Erfindung, die so genannten "Mikrokredite", ermöglichen es sehr armen Leuten, eine bescheidene Existenz aufzubauen, ohne sofort Geldhaien zum Opfer zu fallen.

Zwar ist Professor Yunus Lehrstuhlinhaber für Ökonomie und mit seinem Bank-Projekt äußerst erfolgreich. Aber, so wird sich das Stockholmer Komitee gedacht haben, in der Wirtschaft im großen und ganzen geht es ja nicht gerade friedlich, geschweige denn mildtätig zu. Und mit einem Konzept, das vornehmlich armen Leuten zugute kommt, lässt sich insgesamt bestimmt kein Staat machen.

Verschärfend kommt hinzu, dass Yunus mittlerweile bedauert, in der Vergangenheit seine Zeit mit akademisch diskussionswürdigen Wirtschaftstheorien vergeudet zu haben. Das hört sich dann doch wenig seriös an. Hätte man an so einen den Wirtschaftspreis vergeben, dann würden sicher viele Kollegen ihr Fach und ihre theoretischen Bemühungen verunglimpft gesehen haben, was wiederum auf das Renommee des Komitees beeinträchtigend gewirkt hätte.

Der Friedensnobelpreis für Yunus ist da weniger anstößig. Und die Wirtschaft im großen und ganzen? Die sollte man besser richtigen Fachleuten überlassen.

*Glosse vom 04. Dezember 2006:*

## **Ein neues Parteilogo...**

...vorgeschlagen von der Grünen-Spitze, ist bei der Basis durchgefallen. Die ostdeutschen Delegierten hatten beim Kölner Bundesparteitag eine "schleichende Abwicklung des Ostens" moniert. Anstoß erregte besonders, dass im Logoentwurf der Schriftzug "Bündnis 90" deutlich kleiner dargestellt würde als der Namensteil "Die Grünen". Andere Delegierte bemängelten die blasse Farbgebung - ein Hinweis auf Defizite bei der politischen Positionierung? Und welchen Sinn habe der blaue Balken unter dem Schriftzug, wollten wieder andere wissen.

Nanu? Hier muss es sich um Missverständnisse handeln. Denn in dem 37-seitigen "Leitfaden" für den Umgang mit dem neuen Logo, der den Landesverbänden vor dem Parteitag zugeschickt worden war, heißt es: Das neue Logo wirke "aufgeräumt, ... ausführlich". "Aufgeräumt" hatten die Ost-Delegierten mit "Abwicklung des Ostens" übersetzt, der Vorwurf eines "Wessi-Logos" machte die Runde, gemeint war aber: werbewirksam vereinfacht. Das Geheimnis der "Blässe" bestehe darin, dass diese zeitgemäß wirke (passend vielleicht zum neuen "Radikal-Realismus"), entgegen der überholten

Schriill-Ästhetik der grünen Anfangszeit. "Ausführlich" sei das neue Logo, weil auf dem blauen Balken, auf dem "Bundestagsfraktion" steht, "ein geschichtliches Fundament" visualisiert sei. Denn wie jeder sich erinnern wird, nahm die grüne Bewegung als Fraktion im Bundestag ihren historischen Ausgang.

Für diejenigen, die es immer noch nicht kapiert haben, hält der Begleittext einen Trost bereit: "Du musst in diesem Leitfaden nicht alles verstehen."

von SPE

*Glosse vom 02. Dezember 2006:*

## **Der Bundespräsident als Soziologiefan**

von AKL

Bundespräsident Horst Köhler hat neulich vor dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag eine "Ruck"-Rede gehalten, die in der veröffentlichten Meinung viel Wohlwollen fand: das Staatsoberhaupt, so wurde kommentiert, habe "niemanden geschont", "nach allen Seiten hin ausgeteilt", Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, Unterschichten wie Oberschichten kritisch behandelt. Nanu, sollte Horst Köhler zum wirtschafts- und sozialpolitischen Neutralisten geworden sein? Das ist er nicht, wie sich herausstellt, wenn man seine Rede im Wortlaut zur Kenntnis nimmt. Er lobte die Schröder-und-dann-Merkel-"Reform" in ihren Grundlinien und wusch denjenigen, die da von Sozialdemontage reden, den Kopf: "Die meisten Bürger hungern nicht nach mehr Brot, sondern nach Sinn." Und schob dann noch mal nach: Wohlfahrtsstaat? Eine überholte Idee, denn der Soziologe Niklas Luhmann habe doch schon klargestellt, wohlfahrtsstaatliche Politik zu betreiben sei so, als wolle man "Kühe aufblasen, um mehr Milch zu bekommen."

So dürfen wir also festhalten: Die für deutsche Spitzenpolitiker sonst geltende Abneigung gegenüber der Soziologie (von Helmut Schmidt bis zu Franz Müntefering sich äußernd) ist bei Horst Köhler nicht mehr zu finden; Soziologen sind als Kronzeugen zitierfähig. Wenn sie das sagen, was Politiker denken.

Zum persönlichen Gebrauch sei dem Bundespräsidenten ein weiterer Satz aus dem Erbe des erwähnten Bielefelder Soziologen angeboten:

"Die Gesellschaft besteht nicht aus Menschen, sondern aus Kommunikation zwischen Menschen". Ein Zitat, bei dem man ins Grübeln kommen kann.

*Glosse vom 27. November 2006:*

## **Ladenschlußzeiten gelockert - für den nächtlichen Kaufrausch?**

von AKL

Die großen Geschäftemacher in jener Branche, die seltsamerweise "Einzelhandel" genannt wird, was nach Tante-Emma-Läden klingt, müssen keine Parteien mehr kennen: Die "rot-rote" Stadtregierung in Berlin sorgte in aller Eile dafür, dass dort die Einkaufsstätten von Montag bis Samstag rund um die Uhr öffnen dürfen, und die schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen setzte dieselbe "Lockerung der Ladenschlusszeiten" durch. Für den Luxuskonsum sind solche späten Öffnungen der Geschäftstüren nicht weiter interessant, und so erklärten die Politiker dann, den "kleinen Leuten" werde auf diese Weise geholfen, massenhaften Kundenwünschen seien sie damit gefolgt. Allerdings leuchtet nicht so recht ein, daß Millionen von Niedriglöhnern, Rentnerinnen und Arbeitslosen nur darauf warten, endlich auch gegen Mitternacht in Kaufpaläste zu strömen. Geld, das man nicht hat, kann man auch zur Nachtzeit nicht ausgeben. Also stellt sich die Frage, wem diese neuen Lockerungsübungen Nutzen bringen sollen. Daß der Umsatz in der Branche insgesamt dadurch ansteigt, erwarten auch die Marktanalysten auf der Unternehmerseite nicht, aber sie verweisen dezent

auf zu erwartende "Umschichtungen": Vom Kleingewerbe zu den großen Einkaufszentren, vom Fachhandel zu den Discountern, und damit zugleich von der Vollzeitarkbeitskraft zum Teilzeitjob im Niedriglohn. Die Politiker im "Dienst am Kunden"? Mitnichten, sondern devoter Dienstleister der Politik für die Marktführer in der Branche, die noch mehr Kleinkonkurrenten den Garaus machen und ihre eigenen Lohnkosten senken wollen.

Glosse vom 17.November 2006:

## Die Zukunft der Kreativen

von SPE

Eine Vergleichsstudie im Auftrag der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* bescheinigt dem Kreis Paderborn eine zu geringe Quote bei Zukunftsinvestitionen. Der Stadt Gütersloh attestiert die Studie hingegen die größte Power in OWL. Nur übel meinende Zeitgenossen könnten auf die Idee kommen, dass das für Gütersloh positive Ranking-Ergebnis etwas mit dem dort ansässigen Bertelsmann Medien-Weltkonzern zu tun hat, der bei der genannten Initiative als Stiftungsbetrieb federführend mitmischt.

Paderborn hat nur eine Gesamthochschule und einen Technologiepark vorzuweisen. Die hier ansässigen "kreativen und innovativen Menschen" würden schnell aus der Stadt auswandern, wenn jetzt notwendige Investitionen ausblieben, meint ein um die Zukunft des Standorts besorgter Leserbriefschreiber. Zukunft ist ein weiter Begriff, worin könnten also solche Investitionen bestehen?

Als erstes wäre da ein großräumiges, freistehendes Stadttheater zu nennen, so der Verfasser. (Dieses kann die kreativen und innovativen Menschen kulturell anregen.) Zweitens bräuchte Paderborn eine Multifunktionshalle für wissenschaftliche Tagungen und Kongresse. (An diesem Ort tauschen sich die kreativen und innovativen Menschen aus und knüpfen wichtige Wirtschaftskontakte.) Drittens sei ein neues Fußballzentralsstadion nötig. (Dort können sich die kreativen und innovativen Menschen entspannen.)

Wer jetzt den Eindruck gewonnen hat, dass Zukunft gleichzusetzen ist mit einem inspirierenden Umfeld für kreative und innovative Menschen, kurz Eliten, liegt bestimmt richtig. Für diese Zielgruppe, das meint sicher auch die *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, muss deutlich mehr investiert werden. Die Frage, ob am Ende noch Geld für die sozialen Belange der Restbevölkerung übrig bleibt, wirkt in Anbetracht der Globalisierung kleinkariert.

Glosse vom 27.Oktober 2006:

## Die Happy Fifties...

...sind wieder da. - Das müssen glückliche Zeiten gewesen sein (leider hatte ich die Ungnade späterer Geburt). Denn wer derzeit die Spiegel-Bestseller durchstöbert, Rubrik Sachbuch, findet dort Retro-Rezepte aus scheinbar längst vergangener Zeit.

Zum Beispiel dreimal Glück. Während der Ex-Eliteinternatsleiter Bernhard Bueb Kasernengehorsam und Disziplin als "Tor zum Glück" preist, zaubert Eva Herman weibliches Glück am heimischen Herd aus der Nachkriegsmottenkiste. Und Paul Kirchhof, der politisch glücklose Ökonomieprofessor, findet das wirtschaftsliberale Glück im Kampf gegen die Bürokratie-Hydra und in einer ungebremsten Marktwirtschaft, von der behauptet wird, sie habe in den Fünfzigern das "Wirtschaftswunder" hervorgebracht.

Die Fluchtbewegungen sind eindeutig: weg von der Gegenwart und vor allem weg von allem, was - angeblich oder tatsächlich - mit "1968" zu tun hat.

Dennoch: es bleibt dabei. Wir schreiben das Jahr 2006. Und Adenauer ist Geschichte.

Warum also diese Wiederbelebungsversuche? Tut sich da etwa eine zutiefst reaktionäre Rückseite unserer ach so "freien" Unternehmenskultur kund?

von SPE

*Glosse vom 23. Oktober 2006:*

## **Die Entdeckung des Prekariats**

von AKL

Wer hätte das gedacht: Profipolitiker und Mainstreampublizisten in der Bundesrepublik reden jetzt über einen Gesellschaftssektor, den es bislang für sie gar nicht zu geben schien: "Unterschichten", Armutgruppen, das "neue, abgehängte Prekariat". Den Anlaß zu dieser Entdeckung lieferte eine an sich eher randläufige Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, in der übrigens nicht nach sozialmateriellen Tatbeständen, sondern nach Empfindungen, nach Mentalitäten in Milieus gefragt worden war - bei der wahlberechtigten Bevölkerung, was auf ein bestimmtes Forschungsinteresse verweist: Potentielle WählerInnen sollten auf ihre Ansprechbarkeit hin untersucht und sortiert werden. Und der SPD-Vorsitzende Kurt Beck äußerte sich zu dieser Studie etwas tapsig, indem er von einer "Unterschicht" sprach, der es an Aufstiegswillen mangle. Da mag sich mancher Hartz IV-Empfänger vergackeiert vorgekommen sein. Damit niemand auf die Idee kommt, die Herausbildung von Armutszonen in der deutschen Gesellschaft könne auch etwas mit der Regierungspolitik zu tun haben, nahm Beck-Vorvorgänger Bundesminister Franz Müntefering eine begriffliche Korrektur vor: "Unterschichten", sagte er, gäbe es in Deutschland gar nicht, sondern nur Leute, denen es nicht so gut gehe, und die habe es schon immer gegeben.

In der besagten Studie wird nicht von "Unterschichten", sondern von einem "abgehängten Prekariat" gesprochen. "Prekär" - das klingt erst mal nicht so schlimm, und wenn man der Argumentation von Kurt Beck folgt, haben die abgehängten Prekarier ja die Chance, sich selbst wieder anzuhängen. Aber woran? Oder anders formuliert: Wenn sie nun den geforderten "Aufstiegswillen" entwickeln, auf welchen Etagen stehen komfortable Plätze für sie bereit?

Ganz offenbar ist, daß die veröffentlichte Meinung so tut, als habe sie zur eigenen Verblüffung plötzlich Armutsschicksal in der Bundesrepublik vorgefunden. So als seien die empirisch fundierten Erhebungen über zunehmende Massenarmut in Deutschland, wie sie seit etlichen Jahren von Wohlfahrtsverbänden und wissenschaftlichen Instituten öffentlich vorgelegt wurden, nie existent gewesen. Da zeigt sich eine selektive Wahrnehmung beim Establishment, die dazu führen kann, daß ebenso willkürlich, wie jetzt das "Prekariat" zum Thema wurde, die Armutsrealität wieder aus dem gängigen Diskurs verschwindet.

Ein sprachgeschichtlicher Hinweis noch: Der Begriff "Prekariat" leitet sich her aus dem lateinischen Adjektiv precarius, was laut Lexikon bedeuten kann: "erbettelt, aus Gnade gewährt, unsicher, unbeständig, notdürftig, auf Widerruf gegeben".

*Glosse vom 10. Oktober 2006:*

## **Steuergerechtigkeit...**

... versprechen alle Parteien. Nun ist die Öffentliche Hand hierzulande hoch verschuldet, und deshalb will die Große Koalition mehr Steuern eintreiben. Zusätzliche Einnahmen in Höhe von ca. 140 Milliarden Euro sind für die Jahre 2007 bis 2010 durch Änderungen im Steuerrecht angezielt, berichtet



das "Westfälische Volksblatt" auf seiner Titelseite und fügt hinzu, wer zahlen soll: "Bürger und Unternehmen".

Das klingt so, als sollten die neuen Lasten gleichgewichtig zwischen Kapital und arbeitender Bevölkerung verteilt werden. So wie das PolitikerInnen ja auch zu fordern pflegen: "In schwierigen Zeiten müssen alle zur Kasse gebeten werden, vom Großaktionär bis zum einfachen Malocher".

Wer sich schlau machen will, wie es damit bei den neuen Steuerplänen genau aussieht, kann sich - auch im "Westfälischen Volksblatt", in derselben Ausgabe, im Innenteil - die Zahlen ansehen: Ungefähr 8 Milliarden der geplanten neuen Steuereinnahmen gehen zu Lasten der Kapitaleseite, hinzu kommen ca. 4 Milliarden "Reichensteuer" - die anderen 128 Milliarden sollen die "Normalverbraucher" und die ArbeitnehmerInnen blechen.

Steurgerechtigkeit?

von AKL

*Glosse vom 02. Oktober 2006:*

## **Die Grünen: Vielseitig verwendbar, aber demnächst teurer**

von AKL

Die Grünen in Berlin sind verärgert. Verstehen kann man das, denn trotz ihres Stimmenzuwachses will der regierende Bürgermeister dort nicht diese Partei, sondern die L/PDS mitregieren lassen. Die Linke dürfe noch nicht "aus der Verantwortung entlassen werden", Mitregieren bewirke weitere "Ernüchterung" bei den Wählerinnen und Wählern der L/PDS - sagte ein prominenter Sozialdemokrat, der stets volkspädagogisch bemühte Wolfgang Thierse.

Aber was haben davon die Grünen? Nun könne sie sich in Berlin für die Zukunft auch eine Zusammenarbeit mit der CDU vorstellen, erklärte die Berliner Spitzenkandidatin der Grünen, Franziska Eichstädt-Bohlig. Und der grüne Parteivorsitzende Reinhard Bütikofer watschte den "rot-roten Klaus" (Wowereit) ab; der habe sich durch seine Partnerwahl "selbststigmatisiert". Nach den jüngsten Landtagswahlen in Baden-Württemberg habe die CDU die Grünen nicht in die Koalition genommen, und jetzt mache es die SPD in Berlin genau so - "Bequemlichkeit" sei das, so Bütikofer, "wenn eine Partei, eine große, sich jeweils den billigeren kleineren Partner aussucht".

Aber Bütikofer hält auch Trost bereit: Wenn dieses "Verhaltensmuster der Volksparteien ruchbar" werde, beim Wahlvolk, dann könne dies demnächst den Grünen neue Stimmen zuwachsen lassen.

Und dann? Dann wird eine Koalition mit den Grünen demnächst noch teurer - zwei Senatorenjobs oder zwei Ministerämter mehr!

*Glosse vom 26. September 2006:*

## **Geld ist genug da ...**

... wird sich Ulrike Merten gedacht haben, die sozialdemokratische Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag, zur Zeit mit ihrem Minister auf militärischer Besichtigungstour im Ausland. Also forderte sie mehr Etatmittel für die Bundeswehr. Im Bundeshaushalt 2007 sind 28,4 Milliarden für militärische Zwecke vorgesehen, bis 2009 soll eine Milliarde Euro hinzukommen, aber auch das, sagt die SPD-Wehrexpertin, reicht nicht hin - schließlich muß die Bundesrepublik ja nicht nur am Hindukusch, sondern an immer mehr Orten weltweit verteidigt werden. Und leisten kann sich das der deutsche Staat, fügen wir hinzu; denn unser Land ist reich und

außerdem läßt sich noch weiter an den Sozialleistungen sparen.

Zu bedenken ist auch, daß die deutsche Rüstungsindustrie Gewinne machen will, was Aufträge voraussetzt. Da wird sich Ulrike Merten MdB auskennen, denn sie gehört zum Vorstand der "Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik". Dort nimmt sie "Verbindungen zur Politik" wahr, und ein Vorstandskollege ist zuständig für "Verbindungen zur Großindustrie".

Ulrike Merten ist eines der Politiktalente, die aus der OWL-SPD hervorgegangen sind, Orts- und dann Kreisvorsitzende der Partei war sie in Gütersloh, auch Mitglied im Bezirksvorstand, und selbstverständlich galt sie in den Zeiten ihres Aufstiegs in der Partei als links, als eine, die aus Schwertern Pflugscharen machen wollte. Inzwischen weiß sie, daß diese Verwandlung umgekehrt leichter zu betreiben ist, auch wenn nicht so richtig herauszubekommen ist, wie sie so viel militärischen Sachverstand angesammelt hat.

Ob Ulrike Merten vielleicht noch zur Verteidigungsministerin aufsteigt? In der Parteipolitik ist vieles möglich. Und wenn nicht, sie aber die parlamentarischen Mühen leid ist - die Rüstungswirtschaft wird auch weibliche Politikerfahrung zu schätzen wissen.

von AKL

---

**PS.:** Die *Frankfurter Rundschau* vom 28.09. berichtet, daß Rüstungsfirmen den Wahlkampf des SPD-Bundestagsabgeordneten Johannes Kahrs sponserten. Kahrs ist Sprecher des "Seeheimer Kreises" in der SPD, dem auch Ulrike Merten angehört. Im Haushaltsausschuß des Bundestages wirkt Kahrs als Berichterstatter der SPD-Fraktion für Wehrfragen mit, was heißt: als Experte für Rüstungsgeschäfte. So fügt sich zusammen, was zusammengehört.

*Glosse vom 19. September 2006:*

## Im Maschinenraum der Realpolitik

von SPE

Ferenc Gyurcsany ist - nach eigenem Bekunden - dumm und ein Lügner, aber eigentlich doch eine ehrliche Haut. Der Öffentlichkeit hat er ein unsterbliches Dokument hinterlassen, das stets vermutete, aber selten bewiesene Einblicke in den "Maschinenraum" der Realpolitik gewährt.

Gyurcsany, amtierender ungarischer Ministerpräsident, dessen Äußerungen in einem internen Tonbandprotokoll an die Öffentlichkeit geraten waren, hat einen heftigen Bürgerprotest in Budapest ausgelöst. Die Arbeit seiner regierenden Partei beschrieb er in der Aufzeichnung so: "Wir haben es vermasselt. Nicht nur ein bisschen, sondern richtig. Kein Europäisches Land hat etwas so Dummes getan wie wir. Wir haben durch hunderte Tricks und göttliche Vorsehung die Wahl gewonnen. Ich bin fast gestorben, als wir eineinhalb Jahre vorgeben mussten zu regieren. Stattdessen haben wir am Morgen, am Abend und in der Nacht gelogen."

Wohlgermerkt, es geht um ungarisches Regierungshandeln. Natürlich drängen sich beim deutschen Hörer Parallelen zur Politik der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder oder zum neoliberalen Nachfolgeprojekt der Großen Koalition auf. Was wurde nicht alles vermasselt, wie viele Dummheiten wurden begangen und trickreich wird man den Politikstil in jedem Fall nennen können. War zum Beispiel Schröder während der bundesweiten Montagsdemonstrationen gegen seine Agenda-Politik nicht "fast gestorben"? Und gab der Basta-Kanzler nicht zumeist nur vor zu regieren; in Wirklichkeit wurde die Politikrichtung in zig Kommissionen oder gleich beim Geschäftsessen mit den Vorständen der Großindustrie ausgekungelt? Und da man all das natürlich nicht offen sagen konnte, wurde nicht immerfort gelogen?

Leider ist solch ein Tondokument wie das des ungarischen Ministerpräsidenten von Schröder oder Merkel nicht bekannt.

Dennoch bleibt für den Wahrheitsliebenden ein Trost übrig. Denn manchmal tritt die Wahrheit auch ohne eine solche aufgespürte Aufzeichnung ungeschminkt zu Tage. Wie jetzt im Falle von Franz Müntefering: "Wir werden als Koalition an dem gemessen, was in Wahlkämpfen gesagt worden ist. Das ist unfair!" Da gibt doch mal einer in aller Ehrlichkeit zu, dass er die WahlbürgerInnen trickreich belogen hat.

*Glosse vom 08. September 2006:*

## **Westliche weibliche Werte**

von AKL

Bundesweit hat Eva Herman, dem Publikum als TV-Sprecherin längst bekannt, mit ihrem neuen Buch über das "Eva-Prinzip" ein höchst lukratives Medienecho ausgelöst, und vielleicht breitet sich so etwas wie Erlösungsgefühl aus; endlich ist es wieder gesellschaftsfähig, das altbekannte weibliche Wesen zu beschwören: die Frau gehört ins Haus und an den Herd, sie hat Kinder zu bekommen und zu pflegen und dem Mann eine emotionale Stütze zu sein. Und wenn eine Frau beruflich was werden will, soll sie dies bitteschön angehen, wenn sie die Jahre ihrer familialen Pflichterfüllung hinter sich hat. Ein Buch mit solchen Verhaltensempfehlungen bietet volkspädagogische Chancen, gerade auch für Menschen, die sich in der Gesellschaft der Bundesrepublik zurechtfinden wollen.

Unser Vorschlag: Man verteile das "Eva-Prinzip" an Frauen und Männer (!) mit "Emigrationshintergrund", die sich etwa auf das "Einbürgerungsgespräch" vorbereiten wollen. Die wissen dann Passendes zu sagen, wenn sie nach ihren Vorstellungen über Geschlechterrollen gefragt werden.

*Glosse vom 02. September 2006:*

## **Energieträger Horstmann**

von AKL

Die deutsche Sozialdemokratie, sagt ihr Bundesvorsitzender Kurt Beck, wolle in Zukunft vorzugsweise die "Leistungsträger" politisch bedienen, die Menschen "im mittleren Drittel der Drei-Drittel-Gesellschaft". Beck schätzt deren Anteil an der Gesamtbevölkerung auf "bis zu 50 Prozent", sein Parteifreund Bundesminister Franz Müntefering gar auf "bis zu 60 Prozent" - seltsame Mathematik...

Was will uns die SPD damit sagen? Daß Ihre bisherigen AnhängerInnen nichts leisten und sie sich deshalb neue suchen will? Oder daß die Menschen im "unteren Drittel" politisch zu vernachlässigen seien? Oder daß bei Jugendlichen, Arbeitslosen und Rentnern als "Leistungsempfängern" für die Partei demnächst nichts mehr zu holen ist, weil die Politik für diese Gruppen immer weniger leistet?

Da läßt sich weiter rätseln, während an einem anderen sozialdemokratischen Ereignis nicht Rätselhaftes ist: Axel Horstmann, langjähriger Spitzenmann der SPD in Ostwestfalen-Lippe, zeitweilig Landesminister und jetzt stellvertretender Fraktionsvorsitzender im NRW-Landtag, wird vom Politikerjob in den eines Wirtschaftsmanagers überwechseln. Er geht als NRW-Bevollmächtigter zu EnBW, dem viertgrößten deutschen Energiekonzern. Aus dem Fraktionsvorstand scheidet er aus, sein Landtagsmandat will er noch ein bißchen behalten, OWL-Repräsentant der SPD will er erst mal bleiben. Da wird er also demnächst als SPD-Sprecher Preissenkungen bei der Energie fordern und als Konzernmanager Preissteigerungen durchsetzen müssen, aber das Problem läßt sich bei einem Mann mit taktischen Erfahrungen gewiß lösen. Viele OWL-Sozialdemokraten sind verblüfft von Horstmanns Jobwechsel. Wieso denn? Axel Horstmann wurde in seinen jungen SPD-Jahren der "Stamokap"-Richtung in der Partei zugerechnet, jener Strömung also, die (damals als links und ein bißchen DDR-angehaucht geltend) die enge Verbindung von Staat und unternehmerischen Monopolen herausstellte und gegen diese polemisierte. Von der Polemik abgesehen - vermutlich hat der Genosse Horstmann aus seiner Theoriephase etwas in Erinnerung behalten und davon Gebrauch gemacht. Ob als Minister

oder als Konzernbevollmächtigter - Energieträger sind hier wie dort nützlich. Für dieselbe Sache.

*Glosse vom 15. August 2006:*

## **"Westfälisches Volksblatt" im Kampf mit Nathan dem Weisen**

von Arno Klönne

Noch findet sie Beachtung im Schulunterricht - die Ringparabel aus dem Drama des Klassikers Gotthold Ephraim Lessing, in der Nathan der Weise Toleranz anmahnt zwischen den monotheistischen Religionen Judentum, Christentum, Islam. Aber damit muß es nun vorbei sein, belehrt uns ein Leitartikel im "Westfälischen Volksblatt" (14.8.d.J.), unter dem Titel "Heilsamer Blick in den Abgrund". Autor ist der Publizist Jürgen Liminiski, der es vermutlich nicht als Falschzuordnung empfinden wird, wenn wir ihn als christlichen Fundamentalisten bezeichnen. Er nimmt die Terrorverdächtigen in London (noch wissen wir nichts Näheres über diese Vorgänge...) als Anlaß, die Gefahr eines Weltunterganges durch moslemische "Dschihad" auszumalen und schreibt, es sei an der Zeit, "die Illusion von dem einen und gemeinsamen Gott aufzugeben" und nicht länger von einer "gewaltfreien, toleranten und heilen Welt des weisen Nathan zu träumen". Und als Beweisführung wird nachgeschoben: "Nicht jeder Mensch ist ein Terrorist, aber jeder Terrorist der letzten Jahre war ein Islamist".

Mal angenommen, Wahrheitsliebe sei eine christliche Tugend - davon bleibt der "Volksblatt"-Leitartikler offenbar unberührt. Denn gewiß sind religiös sich rechtfertigende Gewalttaten gegenwärtig in großem Umfange in moslemischen Milieus anzutreffen (aus angebbaren historisch-politischen Gründen), aber Terrorismus heute (um von der Geschichte zu schweigen) ist kein Spezifikum von Muslimen. Wir haben es ebenso zu tun mit christlichen Terroristen, mit jüdischen Terroristen, mit Hinduterroristen usw.usf. Gewaltpolitik, historisch wie aktuell, liebt es, sich weltanschaulich zu legitimieren und Fanatismus in Dienst zu nehmen, auch wenn es im Grunde um pure Machtinteressen geht.

Was aber Lessing und seinen Nathan betrifft, so sollte damit nicht die Illusion verbreitet werden, Gewaltfreiheit und Toleranz seien schon eine Selbstverständlichkeit, sondern es ging (und geht immer noch) um eine Aufforderung: Laßt Euch nicht zu weltanschaulichen Wahnideen verführen, die menschenverachtende Folgen haben.

Aktuell bedeutet das: lasst Euch nicht ein auf die Kriegspropaganda vom "Weltkampf gegen den Islam".

*Glosse vom 04. August 2006:*

## **Jeremy Benthams Traum**

von SPE

Die Berliner Große Koalition ist sich weitgehend darin einig, dass die zur Gebührenabrechnung bei der LKW-Maut erhobenen Daten bald auch zur Verbrechensbekämpfung verwendet werden sollen. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) bekräftigt, dass die Vorbereitungen für eine entsprechende Gesetzesänderung "sehr weit gediehen seien". Und auch der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz hält die ausschließliche Nutzung der Daten zur Maut-Erhebung für "nicht verantwortbar".

Dabei weiß jedermann: für sensible, personenbezogene Daten, die einmal in Umlauf gebracht wurden, gibt es keinerlei Sicherheitsgarantien. Und natürlich wächst bei kontrollfanatischen Behörden schnell die Versuchung, die Datenerhebung flächendeckend auszuweiten - zumal, wenn demnächst auch die PKW-Maut Realität werden sollte.

"Wenn man die strenge Zweckbindung der Mautdaten aufweicht, wird es kein Halten mehr geben", warnen Stimmen aus der Opposition. Datenschützer schließen sich dieser Befürchtung an. Sie könnten damit sehr recht behalten.

Und ein Überwachungsraum des englischen Juristen und Philosophen Jeremy Bentham könnte vollends in Erfüllung gehen. Der hatte im ausgehenden 18. Jahrhundert das "Panoptikum", ein Gefängnis-Rundgebäude mit ausgefeilter Überwachungstechnik zur Verhaltenskontrolle der Insassen entworfen. Später schloss Bentham die zivile Nutzung seiner Disziplinarmethoden ausdrücklich in seine Überlegungen mit ein. An Autofahrer hat er noch nicht gedacht.

*Glosse vom 21. Juli 2006:*

## **Kluge und törichte Jungfrauen**

VON MARJA WINKEN

Vor seinem Aufbruch in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten hat Joseph Fischer, vor einem Jahr noch das grüne Alphetier, seiner Partei den Rat gegeben (einen "wissenschaftlichen", konstatierte der Parteivorsitzende Reinhard Bütikofer), sich intensiver der Partnersuche fürs erneute Mitregieren zu widmen. Vermutlich denkt Fischer dabei vorrangig an eine Koalition mit der SPD und der FDP, möglicherweise sogar, bei dieser Konstellation, an seine Rückkehr in die deutsche Politik. Aber die Zeichen der Zeit weisen eher in eine andere Bündnisrichtung, schließlich ist am Börsenstandort Frankfurt am Main soeben eine schwarz-grüne Stadtregierung umstandslos zustande gekommen, und sogenannte wirtschaftsnahe Zeitungen wie *Financial Times Deutschland* und *Handelsblatt* stimmen bereits auf die Annäherung von CDU/CSU, FDP und Grünen ein: auch häufen sich die Schnupper-Mahlzeiten zwischen Politikern dieser Parteien. Zum gegenseitigen Anwärmen ist hinreichend Zeit, denn ein Scheidungsverfahren bei Schwarz-Rot ist wohl erst auf längere Sicht zu erwarten.

Zwischen den Unionsparteien und den Grünen, noch eindeutiger zwischen den Grünen und der FDP bestehen keine gesellschaftspolitischen Abgründe mehr; der Hauptteil der grünen Partei liegt längst auf der Linie der kapitalistischen "Wettbewerbsgesellschaft". Und atompolitisch ist ein Kompromiß zu finden. Innerparteilich dringen vor allem die aufstrebenden grünen Landespolitiker darauf, den alten "ideologischen Kram" beiseitezuräumen. "Nach meiner Erfahrung in der Politik werden Inhalte nur dann wirklich interessant, wenn sie auch mit Machtfragen verbunden sind", äußerte sich der hessische Grünen-Vorsitzende Matthias Berninger zur Partnersuche der Partei, will heißen: Erst mal wieder in die Regierung kommen, dann sehen wir weiter.

Auch die thüringische Landessprecherin der Partei und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Karin Göring-Eckhard empfahl, schon einmal Koalitionsöl für Schwarz-Gelb-Grün bereitzuhalten. Sie sagte: "Die Lampen müssen gefüllt sein, wie bei den klugen Jungfrauen im Evangelium."

Die grüne Spitzenpolitikerin hat theologische Studien hinter sich, sie wird also das Gleichnis, das sie heranzieht, vollständig kennen - auch wenn sie nur einen Teil daraus ihren Parteifreunden und -freundinnen zu bedenken gab. Bei Matthäus 25, 1-13 ist die Geschichte so erzählt: Zehn Jungfrauen warteten mit ihren Lampen auf den Bräutigam, fünf davon hatten schon mal Öl besorgt und eingefüllt, fünf hatten das versäumt. Als der Bräutigam nachts gemeldet wurde, konnten ihm die klugen Jungfrauen im Lampenlicht entgegengehen, die törichten hingegen mußten, da ihnen die klugen nichts abgaben, sich erst einmal beim Krämer mit Öl versorgen, und so verpaßten sie die Stunde der Hochzeit.

Überträgt man das Gleichnis in die grüne Zukunft, so bedeutet es: Nur diejenigen in der Partei, denen jetzt schon die ideelle Vorbereitung auf die Liaison mit der Union und der FDP gelingt, werden von einer künftigen Koalition profitieren. Die anderen werden dann auf der Strecke bleiben, mit Nachsicht haben sie nicht zu rechnen.

Glosse vom 09. Juli 2006:

## Gebärpolitik gegen die "Minderwertigen"

VON ARNO KLÖNNE

Die Zeitschrift "konkret" macht in ihrer Juli-Ausgabe kritisch auf einen familienpolitischen Kommentar aufmerksam, der in der gutbürgerlichen Tageszeitung "Die Welt" erschienen ist (Verlag Axel Springer) und in dem es heißt:

"Es geht um Elterngeld, um Betreuungsplätze und die steuerliche Absetzbarkeit deutschen Nachwuchses. Aber ist es das, was wir wollen? Oder zeugen Eltern, denen vielleicht ein Sparschwein zum Anreiz genügt, sich vermehren zu wollen, nicht künftige Bundesbürger, denen allein ihr Trachten nach einem noch mehr an staatlicher Zuwendung auf die Stirn geschrieben steht? Es werden nämlich buchstäblich die Falschen sein, die sich aufgrund staatlicher Anreize zur Vermehrung entschließen. Wer, um seine Kinder großzuziehen, auf die Hilfe des Staates angewiesen ist, der hat von der kulturell entwickelten Lebensform Familie nämlich rein garnichts begriffen. Gefördert werden muß nicht die Masse an Kindern, sondern das Bewußtsein jener Klasse, deren Nachwuchs wir dringend benötigen. Nicht die ohnehin bereits am staatlichen Tropf hängen, sollen die Kinderlein kommen lassen. Wir brauchen starke Familien, die Werte vermitteln können. Wir brauchen ein reproduktives Bürgertum. Wer es sich nicht leisten können wird, sein Kind auf eine private Schule zu schicken, der macht sich schuldig an dessen winkelig sich gestaltendem Werdegang." (aus: "Die Welt")

Verfasser des Textes ist der als chic geltende Erfolgsliterat Joachim Bessing, ein Autor der "Generation Golf". In aller Offenheit tritt damit das Konzept einer gebärpolitischen "Zucht und Auslese" auf, wie es die Nazis mit dem "Rasseprinzip" begründeten - hier nun als Erfordernis der sozialen Klasse, der "höherwertigen". Bemerkenswert ist: Von einem Aufschrei der Empörung über eine solche familienpolitische Idee war nichts zu hören. Da wird man sich nicht wundern, wenn demnächst der Vorschlag aufkommt, den Empfängerinnen oder Empfängern von Hartz IV-Leistungen das Gebären oder das Zeugen zu untersagen. Vieles ist möglich in diesem Land - es muß nur zeitgemäß daherkommen, unter dem modischen Etikett der "Elitenförderung".

Glosse vom 20. Juni 2006::

## Ich werde immer reicher

VON MARJA WINKEN

Auch dieses Jahr läßt mir die Deutsche Bank über die Medien wieder eine frohe Botschaft zukommen: noch reicher bin ich geworden. Das private Geldvermögen in der Bundesrepublik ist im Jahre 2005 deutlich angestiegen, um 180 Milliarden Euro, auf nun 4,26 Billionen. "Die privaten Haushalte werden immer vermögender", "Finanzen der deutschen Haushalte beträchtlich vermehrt", so jubeln die Zeitungen. In einer Formulierung von Spiegel online: "Nach Daten der Bundesbank hat jeder Haushalt in der Bundesrepublik im Durchschnitt ein Finanzvermögen nach Abzug der Schulden in Höhe von 70 000 Euro, doppelt so viel wie Anfang der 1990er Jahre." Na Gott oder der Regierung sei Dank - "Die deutschen Haushalte", da gehöre ich dazu. Meinen persönlichen Schuldenstand habe ich im Kopf, aber an die Miesen muß ich jetzt nicht mehr denken, unterm Strich bleibt mir ein Guthaben von 70 000, denn ich bin eine Durchschnittsfrau mit einem Durchschnittshaushalt.

*Glosse vom 14. Juni 2006::*

## **Wulff als Kollektivist**

VON AKL

Christian Wulff, christdemokratischer Ministerpräsident in Niedersachsen, hat den Arbeitnehmern im Volkswagen-Konzern nahegelegt, sie sollten länger arbeiten für weniger Lohn. Seine Begründung: "Wir alle müssen mehr tun, mehr leisten, ohne dafür Lohnausgleich zu bekommen, wir müssen fleißiger sein, wir müssen uns behaupten." Soweit es um die Firma VW geht, ist das Kalkül klar: Das Unternehmen kriselt, sogar von "Heuschrecken" mit Übernahmeinteresse ist die Rede, möglicherweise kann auch das Land Niedersachsen als ein Anteilseigner ein Geschäft dabei machen, jedenfalls braucht VW wenigstens an der Börse Erfolge, und da macht es sich immer bezahlt, die Belegschaft bei der Arbeitszeit und beim Lohn in die Enge zu treiben.

Aber weshalb sagt Christian Wulff "wir alle"? Nur so ein volksgemeinschaftliches Gerede, was ja der VW-Geschichte entsprechen würde? Oder fühlt der CDU-Prominente sich tatsächlich unter Druck, "mehr leisten", "fleißiger sein", "sich behaupten" zu müssen? Die Bundeskanzlerin sitzt doch erst einmal fest im Sattel, Wulffs Kollegen in den unionsregierten Ländern haben ihren Ehrgeiz etwas gezügelt, der Niedersachse könnte also in Ruhe abwarten, ob ihm noch höhere politische Weihen zukommen.

Selbstverständlich ist es seinem Prestige bei der wirtschaftlichen Machtelite gut bekömmlich, wenn er als ein Politiker auftritt, der die Malocher darauf einzustimmen versteht, ihren Gürtel enger zu schnallen. Ihm selbst aber ist der spätere lohnende Ausgleich für seine Mühe gewiß, da muß er sich keine Sorgen machen; wenn's zum Bundeskanzler nicht reicht und das Ministerpräsidentenamt nichts mehr hergibt, bleibt immer noch der lukrative Umstieg oder Späteinstieg in einen Konzern.

*Glosse vom 24. Mai 2006::*

## **Struck als Steuerberater**

VON AKE

Peter Struck, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, hat sich jetzt auch dafür stark gemacht, die öffentlichen Zuwendungen für ALG II - EmpfängerInnen zu kürzen. Sein Argument: "Jeder Euro, der für Hartz IV aufgewendet wird, muß zuvor von den Steuerzahlern erarbeitet werden."

Demagogisch ist das wohlberechnet: Struck will seiner Partei und deren Politik die Sympathie jener Menschen verschaffen, die noch einen Arbeitsplatz haben: die sollen ihre Angst und ihren Ärger umwandeln in Unmut gegenüber denen, die auf "Staatsknete" angewiesen sind.

Bemerkenswert ist, daß Struck offenbar davon ausgeht, für Steuerleistungen sei nur noch die arbeitende Bevölkerung, nicht aber das profitierende Kapital heranzuziehen. Und ebenso bemerkenswert, was Struck dem Publikum vorenthält: Die SteuerzahlerInnen müssen noch ganz anderes erarbeiten - zum Beispiel die Einkünfte von Profipolitikern. Jeden Euro.

*Glosse vom 15. Mai 2006:*

## **Umtriebe am Wegesrand**

VON SPE

Sozialismus hätte Karl Marx sich nicht ohne Demokratie vorstellen können. Und die, das wusste er genau, würde es nicht ohne die Vielstimmigkeit der Meinungen bei gleicher Grundorientierung geben.

Dass dem Gang der geschichtlichen Entwicklung nicht per se die Tendenz zur Verwirklichung demokratisch-sozialistischer Verhältnisse eingeschrieben ist, beweist derzeit eindrucksvoll die Bundesführung der WASG. Lafontaine & Friends sind seit einiger Zeit vom Geist der Fusionitis durchdrungen: Aus WASG und Linkspartei.PDS soll demnächst DIE LINKE in Großbuchstaben werden. Abweichende Umtriebe am Wegesrand können da keinesfalls geduldet werden. Die aufmüpfigen Vorstände der WASG-Landesverbände in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, die der Politik ihrer rot-roten Landesregierungen nicht Folge leisten und eigene Kandidaten ins Rennen schicken wollten, wurden kurzerhand für abgesetzt erklärt.

Nun wird man Oskar Lafontaine nicht vorwerfen können, er sei kein Demokrat. Und auch nicht, er sei nicht links. Hatte dieser doch jüngst in einem Entwurf für ein "Gründungsmanifest der Partei Die Linke" die Beteiligung an Privatisierungen, Kürzungen von Sozialleistungen und Personalabbau abgelehnt. Das tun wohl nur linke Demokraten und auch die abgesetzten WASG-Vorstände machen sich solche Ablehnung zu eigen. - Wo liegt also die Differenz?

Sie dürfte genau da zu finden sein, wo traditioneller Weise der Unterschied zwischen Theorie und Praxis auszumachen ist. Während die einen Manifeste schreiben, in denen schöne Absichten formuliert sind, erleben die anderen den Sozialabbau alltäglich vor Ort.

Vielleicht, denkt sich Lafontaine, ist für eine Übergangszeit bis zur Fusionslinken weniger innerparteiliche Demokratie vonnöten, um den vielen Stimmen erst einmal die richtige Richtung zu weisen. Das Problem hatte ja auch schon Marx gesehen. Zu fragen bleibt freilich, ob das ehrgeizige linke Parteiprojekt nicht insgesamt dauerhaft Schaden nehmen wird und "Basisdemokratie" nur ein leeres Wort bleibt, das man in Manifesten nachlesen kann.

*Glosse vom 08. Mai 2006:*

Hartz-Reform:

## **Tisch und Bett**

VON ROLAND BUNZENTHAL

Rechtzeitig zum Muttertag am nächsten Sonntag schenkt die Bundesregierung den Arbeitslosen "Blumen". Gemeint sind nicht die dornigen Rosen der Ein-Euro-Jobs, deren sozialer Duft mit dem Stechen der Ausbeutung erkaufte wird. "Blumen", das ist die Abkürzung für "Beweislastumkehr-Einsparnovelle". Sie ist Teil der Reform der Hartz-Reform. Denn die hatte bei den zuständigen Politikern ein fiskalisches Aha-Erlebnis ausgelöst. Eigentlich sollte mit Hartz IV die Staatskasse saniert werden. Aber durch ein föderalistisches Phänomen verschwand der Spareffekt im Bermuda-Dreieck Bund - Kommunen - Bundesagentur.

Besonders findig ist die aufgehaltene öffentliche Hand deshalb jetzt bei Wohngemeinschaften. Künftig muss eine Zweier-WG beweisen, dass sie keine Lebensgemeinschaft ist - die Beziehung also rein platonisch auf die optimale Nutzung der Küchengeräte ausgerichtet ist. Die Frage ist allerdings, wie beweist man, dass man mit dem Untermieter nicht in wilder Ehe lebt und damit auch nicht für seinen Unterhalt gerade stehen will. Ein partielles Keuschheitsgelübde dürfte die Behörden kaum überzeugen. Vielleicht könnte aber ein notariell eingesetzter Beziehungsprüfer als Zeuge dienen - ein neuer Berufszweig. Der müsste allerdings vor allem die Nächte in der WG verbringen, um über die Trennung von Tisch und Bett zu wachen. Hier wäre doch eine Aufgabe für abgehalfterte Sozialpolitiker.

© Frankfurter Rundschau, 08.05.2006



*Glosse vom 12. April 2006:*

VON M.W.

## **"Grüne für Stohfeuer" -**

so die Überschrift einer aktuellen Agenturmeldung in den Tageszeitungen. Die Nachricht regt zu historischen Reminiszenzen an: Die grüne Partei hat doch schon so manche zündende Parole ausgegeben, die später nur noch glimmende Reste hinterließ, soll das nun noch einmal praktiziert werden? Erneut ein feuriges Bekenntnis zur Basisdemokratie oder zur Gewaltfreiheit?

Beim Weiterlesen der Meldung stellt sich heraus: Die Grünen sind arg bescheiden geworden, ihre Bundestagsfraktion hat einen Vorschlag für Regeln "bei der Verbrennung von Halmgut-Brennstoffen in Kleinf Feuerungsanlagen" eingebracht. Da sage noch einer, diese Partei habe ihr "68er Erbe" nicht bewältigt.

*Glosse vom 29. März 2006:*

## **Grüne Zukunft**

VON M.W.

Aus den hessischen Kommunalwahlen geht in der Metropole Frankfurt am Main ein bundesweit interessantes lokales Regierungsbündnis hervor: Schwarz-Grün (wenn nötig, unter Einbeziehung der Gelben). Notwendig sei das, sagt die grüne Frankfurter Stadtpolitikerin Jutta Ebeling, denn sonst säßen die Grünen in der Opposition fest. Aber hatten nicht die Grünen ihren Kommunalwahlkampf im Zeichen des Protestes geführt - gegen den von der CDU geplanten Ausbau des Rhein-Main-Flughafens? Macht nichts, sagen die Grünen, das Thema wird beim schwarz-grünen Regieren "ausgeklammert". Und in der Privatisierungspolitik bei bisher öffentlichen Dienstleistungen ist man sich einig, "mehr Markt wagen" ist die grüne Devise. Jutta Ebeling ist in Frankfurt/Main als "Zukunftsdezernentin" vorgesehen. In der Stadt, in der einst Joschka Fischer Streetfight spielte, wird jetzt ein wichtiges Zeichen gesetzt für zukünftige grüne Koalitionen: Mit Rot hat's nicht weitergehen wollen, jetzt ist Schwarz dran. Hauptsache: Mitregieren.

*Glosse vom 05. März 2006:*

## **Netzwerker Norbert Walter**

VON M.W.

SPIEGEL-Online weiß Neues von der "Reformbaustelle Arbeitsmarkt" zu berichten: Prof.Dr. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, fodert Lohnkürzungen bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Gesetzgebung und Tarifverträge müßten so umgestaltet werden, daß das Arbeitseinkommen bei zunehmendem Alter systematisch absinke. Die "Lebenseinkommenskurve" müsse "deutlich vor 60 Jahren ihren Höhepunkt überschritten" haben. Allerdings solle es dabei Ausnahmen geben: Wenn Erwerbstätige über "Netzwerkwissen" verfügten, dann könne es durchaus so sein, daß sie "am Ende ihres Arbeitslebens zu recht das höchste Einkommen erzielen". Das Arbeitsmarktpreismodell, dem Norbert Walter zum Durchbruch verhelfen möchte, ist geschichtlich betrachtet nicht originell. Schon auf den Sklavenmärkten wurden Arbeitskräfte nach ihrer biophysischen Kondition bewertet und gehandelt, ältere Sklaven hatten wenig Chancen, in die höhere Preisklasse zu gelangen. Aber auch da gab es Ausnahmen: Ältere Sklaven, die über Insiderkenntnisse verfügten; sie waren wertvoll. Nun wollen wir Norbert Walter gewiß nicht mit einem Sklaven gleichsetzen, aber sicher ist: Er verfügt in hohem Maße über "Netzwerkwissen", und deshalb hat er bei zunehmendem Alter weitere Einkommenssteigerungen zu erwarten.

p.s. Fast hätten wir's vergessen: Norbert Walter gehört zu den auserwählten "Einzelpersönlichkeiten",

die dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken angehören. Er ist ein sehr beschäftigter Mann, deshalb wird er noch keine Zeit gefunden haben, einen Blick in die Texte der katholischen Soziallehre zu werfen. Vielleicht kommt er ja später mal zu dieser Lektüre, wenn er sein Höchsteinkommen erreicht und als Netzwerker nicht mehr gefragt ist.

Glosse vom 02. März 2006:

## **Witzig? - Steinbrück am Aschermittwoch.**

VON A.K.

Deutsche Politiker, die etwas auf sich halten, treten am Aschermittwoch als verspätete politische Büttenredner auf, und dabei wird nicht nur bayerisch gesprochen. In NRW holte die SPD ihre Leute zu einer Kundgebung im Kölner Gürzenich zusammen, "gerade mal 300 müde Genossen" (wie die NW berichtete) hatten dem ehemaligen NRW-MP und jetzigen großkoalitionären Finanzminister Peer Steinbrück zuzuhören. Steinbrücks Botschaft: "Politik nach dem Motto Kamelle für alle" sei nicht mehr zu machen. Kamelle - das ist die kölsche Bezeichnung für das wohlfeile Wurfmaterial, das Jecken unters Volk streuen, unterschiedslos.

Was will der Obersozialdemokrat Steinbrück uns mit seinem launig gemeinten Ausruf sagen? Daß die sozialstaatliche Politik, ehemals gerade von der SPD vertreten, nichts weiter als Bonbonverteilung gewesen sei? Und daß nun mit dieser Art von Gleichbehandlung Schluß sei? Schlußfolgern läßt sich aus dem Steinbrück'schen Kamelle-Satz: Die SPD ("drei Viertel der Konzepte der Großen Koalition tragen sozialdemokratische Handschrift" - so Matthias Platzeck jetzt, ebenfalls am Aschermittwoch) will in Zukunft ihre Süßigkeiten klassifizieren: Für die einen Luxusbonbonnieren, für die anderen abgestandene Gummibärchen; die Gleichheitsidee kann dem rheinischen Karneval überlassen bleiben, Politik ist schließlich eine ernste Sache.

Glosse vom 11. Februar 2006:

## **Den Wirtschaftsteil lesen!**

VON A.K.

Repräsentanten des Staates, der staatstragenden gesellschaftlichen Organisationen und der staatsbürgerlichen Bildung in der Bundesrepublik klagen von Zeit zu Zeit über den "Demokratieverdruß" hierzulande - allzu viele BürgerInnen seien fälschlicherweise von dem Gedanken besessen, die große Politik spiele sich als vertrauliche Kungelei ab, hinter dem Rücken der demokratischen Öffentlichkeit. Ein realitätsfernes Gemurre?

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet:

*"Als Bundesfinanzminister Peer Steinbrück am Montag den Neujahrsempfang der SPD-Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude verließ, murmelte er etwas von einem "wichtigen Termin", den er an diesem Abend noch zu absolvieren habe. Was für ein Termin? "Es gibt Termine, über die man nicht spricht", antwortete der Sozialdemokrat und verschwand in der nasskalten Nacht. Sein Ziel war eine Herrenrunde im feinen Hotel Adlon, das nur wenige hundert Meter entfernt liegt. Mit am Tisch saßen zwei amtierende Bundesminister und ein ehemaliger Bundesminister. Dazu ein ehemaliger Kanzler: Gerhard Schröder.*

*Offiziell war der Termin als privates Abendessen deklariert. Doch es war klar, dass es auch um sehr viel Geld gehen würde. Bei Rotwein und Zigarren wollte Werner Müller, bis 2002 Ressortchef für Wirtschaft im ersten Kabinett Schröder, mit seinem Nachfolger Michael Glos (CSU) und Steinbrück über ein milliardenschweres Geschäft reden: den Börsengang des Essener Energie- und Chemiekonzerns RAG. Müller führt seit Mitte 2003 als Vorstandsvorsitzender dieses Unternehmen mit 100.000 Beschäftigten, das einst als Ruhrkohle firmierte. Schon sein damaliger Wechsel in die Industrie hatte eine heftige Debatte darüber ausgelöst, was Politiker dürfen, wenn sie sich nach ihrer*

*Amtszeit einen neuen Job suchen. Darf einer wie Müller, der einst die Energiebranche kontrollierte, nach nur kurzer Schonzeit in eben diese Branche wechseln? Immerhin hat die RAG indirekt auch von einer Ministererlaubnis profitiert, die Müllers Ministerium einst gewährt hat. Und nun unterstützt der Rechtsanwalt Schröder seinen Freund und einstigen Minister bei einem Geschäft, welches er als Kanzler selbst befördert hat..."*  
(Süddeutsche Zeitung Nr. 35/2006)

Wir zitieren dieses journalistische Sittengemälde so ausführlich, weil wir nicht sicher sind, daß lesende Interessenten an Feinheiten politischer Entscheidungsvorgänge auch dort nachschauen, wo dieser Bericht zu finden war: Im Wirtschaftsteil der Zeitung.

*Glosse vom 03. Februar 2006:*

## **Ein Gefühlsmensch**

VON P.S.

Die Britische Armee will einige ihrer Truppenstandorte in der Bundesrepublik aufgeben, die britische militärische Präsenz in Paderborn aber (Truppenübungsplatz Sennelager) soll erhalten bleiben. Darüber freut sich der Paderborner Landrat Manfred Müller. Maßgebend für das britische Bleibeverhalten, so erklärte er nach Berichten der Regionalpresse, sei wohl "die kategorische Ablehnung eines Nationalparks Senne gewesen", so könne das britische Militär das Terrain ohne Einschränkungen nutzen. Manfred Müller: "Wir haben klare Prioritäten zu Gunsten der Freundschaft gesetzt."

Es sind also, sagt uns der Landrat, mitnichten etwa profane wirtschaftliche Interessen derjenigen, die aus der Anwesenheit des britischen Militärs derzeit Nutzen ziehen - hehre Gefühle sind es, die eine kommunalpolitische Mehrheit im Kreis Paderborn dazu gebracht haben, britische Truppen in der Senne vor jedem (tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen) Ärger zu bewahren. Pure Uneigennützigkeit deutscherseits, christdemokratischerseits, wie sich das unter Freunden so gehört. Und Freunde freuen sich über die Nähe von Freunden, da können sie schnell mal darüber hinwegsehen, daß diese so ganz nebenbei mit kriegshandwerklichen Übungen sich die Zeit vertreiben.

*Glosse vom 28. Januar 2006:*

## **Glaubenszweifel bei Sozialdemokraten**

VON P.S.

Unter der Überschrift "Genossen gegen den Ausverkauf" berichtet die "Neue Westfälische" über ein Treffen von SPD-Kommunalpolitikern in Ostwestfalen: Vorhaben der schwarz-gelben NRW-Landesregierung ließen "die Alarmglocken bei den SPD-Genossen schrillen". Es geht dabei um Pläne der Düsseldorfer Koalition, die Übernahme bisher gemeinwirtschaftlich betriebener Einrichtungen und Dienstleistungen auf kommunaler Ebene durch kommerzielle Unternehmen noch zu beschleunigen. "Kein Ausverkauf der kommunalen Unternehmen" - laute die Devise der OWL-Sozialdemokraten.

Das klingt nach Vernunft - aber diese Positionierung wirft Fragen auf.

Die regierende Bundes-SPD war es, die der sogenannten Privatisierung bis dahin öffentlicher Betriebe und Dienste Tür und Tor geöffnet hat, und in der Berliner Großen Koalition wird dieser Ausverkauf fortgesetzt. "Marktfähig machen", hieß und heißt dabei die Devise, und die Bertelsmann-Stiftung liefert dafür die Muster. Sind die kommunalpolitischen OWL-Sozialdemokraten jetzt in eine Lage gekommen, wo sie am Glauben in die alleinseligmachende Kraft des kapitalistischen Marktes zweifeln?

*Glosse vom 18. Januar 2006:*

## **Ein politischer Senior**

VON P.S.

Karsten Grabenstroer, FDP-Ratsherr in Paderborn, ist unzufrieden mit denjenigen, die ihrem Ärger über kommunalpolitische Entscheidungen in unserer Stadt öffentlich Luft machen. Demokratie bedeute eben auch, Entscheidungen zu akzeptieren, die einem persönlich nicht zusagen, schreibt er in einem Leserbrief an die "Neue Westfälische", und fügt hinzu:

"Diese Erfahrung habe ich in Jahrzehnten SPD-Regierung in NRW machen müssen, in den sieben Jahren des Rot-Grünen-Regierens in Berlin und in fünfzig Jahren CDU in Paderborn."

Donnerschlag - seit 1956 also hat Karsten Grabenstroer die CDU-Vorherrschaft in der Paderborner Kommunalpolitik erleben müssen, und wenn wir mal annehmen, daß er damals wenigstens 14 Jahre alt gewesen sein muss, um politisches Interesse aufzubringen, kommen wir auf ein Grabenstroer-Alter von heute ca. 65 Jahren. Grabenstroer, ein Pensionär also. So kann man sich täuschen; bisher erschien uns dieser Lokalpolitiker als leicht angejahrter Yuppie.

*Glosse vom 12. Januar 2006:*

## **Es muß nicht Harvard sein**

VON P.S.

Einige Monate erst ist das her, aber doch schon vergessen: "Joschka wählen" als grüne Triumphkarte beim Kampf um die Sitze im Bundestag, Fischer als politisches Alphanimal seiner Partei; eine Kämpfernatur, der zugetraut wird, daß sie auch eine grüne Opposition lautstark anführen könne. Das war vor der Wahl, und Joseph mag sich angesichts der schwarz-roten Regierungsmacht gesagt haben: Was kümmert mich mein Joschka-Geschrei von gestern.

Noch hält Fischer seinen Sitz im Bundestag, aber Fraktion und Partei sind für ihn nicht mehr interessant. Fritz Kuhn, Vordredner der Grünen im Bundestag, wurde von der Presse befragt, was er denn von diesem Rückzug Fischers ins Private halte. So schlimm sei das nicht, meinte er, immerhin tauche der Exaußenminister im Bundestagsplenum auf und Grünenpolitiker stünden im Telefonkontakt mit ihm. Daß dabei hochpolitische Gespräche geführt werden, ist nicht anzunehmen.

Aber nun ist Joschka-Joseph doch wieder in die Medien geraten, und er hat gehörig darüber geschimpft, sogar mit seinen Anwälten gedroht. BILD berichtete, er werde eine Professur an der US-amerikanischen Elite-Universität Harvard übernehmen. Was soll an einer solchen Erzählung so empörend sein? Weshalb freut sich Joseph nicht darüber, daß ihm Deutschlands auflagenstärkste Zeitung eine Hochschulkarriere im Land der unbegrenzten Möglichkeiten zutraut? Wir wissen es nicht. Wohl aber wissen wir, Fischer hat es selbst mitgeteilt, daß ihm eine andere US-Universität eine Gastprofessur angeboten hat, darüber müsse er allerdings noch nachdenken, noch sei nichts entschieden. Ist es die falsche Hochschule? Nicht so richtig elitär? Da sollte Joseph nicht kleinlich sein, immerhin hat er schon eine Studentin in Aussicht, die derzeitige Grünen-Vorsitzende Claudia Roth. Sie meinte: "Bei einem wie Joschka würde ich mir sogar überlegen, ob ich mein abgebrochenes Studium nicht doch mal beenden sollte." Der Politiköffentlichkeit hierzulande würde es gewiss wohl bekommen, wenn die grüne Spitzenfrau diese späte Qualifizierungsabsicht wahr machen könnte. Es muß ja nicht Harvard sein, aber eine beträchtliche Distanz des Studienortes zur BRD wäre schon angenehm.